

VORAN

Inhalt

Weltwirtschaft
Seite 4
Ungarn 1956
Seiten 6 und 7
IG-Metall-
Kongreß
Seite 11

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 116 - Dezember 1989/Januar 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Die großartigen Massendemonstrationen und damit der Beginn einer politischen Revolution haben die Mauer durchbrochen. Kein Gorbatschow von oben, sondern das Volk hat Geschichte geschrieben. Die herrschende Bürokratie war durch den Druck binnen weniger Wochen gezwungen, relativ große Zugeständnisse zu machen. Zeitweise standen sie mit dem Rücken zur Wand.

Doch die bisherigen Verbesserungen können den Unmut nicht zügeln, denn zu groß ist das gesunde Mißtrauen. Über eins ist die Bewegung sich einig: Das jetzige Regime muß weg, die bisher erkämpften Reformen müssen abgesichert und ausgebaut werden. Die Frage ist nur: wie? Denn noch hat die spontane Bewegung kein klares Programm und keine einheitliche entschlossene Führung.

Demokratische Planwirtschaft statt Markt

Viele reden im Augenblick von der angeblichen Überlegenheit der Marktwirtschaft, die Unternehmer in der BRD und ihre Regierung sowieso. Die SED-Führung und Modrow mit ihrem „marktorientierten“ Aktionsprogramm ebenso. Die Ost-SDP fordert in ihren Statuten die „soziale Marktwirtschaft“.

Bei Teilen der DDR-Bevölkerung findet dies, beeindruckt vom Warenangebot und dem derzeitigen Aufschwung in der BRD, auch gewissen Anklang, weil sie sich unter gewisser Marktwirtschaft in etwa mehr Konsumgüter plus Erhalt der sozialen Errungenschaften vorstellen. Keinesfalls sind sie für eine Rückkehr zu Kapitalismus und Ausbeutung, für Privatisierung der Großbetriebe und für einen Ausverkauf der DDR an westliches Kapital zu gewinnen.

Doch Marktwirtschaft ist ohne Ausbeutung, ohne Profit- und Konkurrenzstreben, ohne Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen, ohne schreiende Einkommensunterschiede nicht denkbar - auch wenn man das Wörtchen „sozial“ davorstellt. Überall dort, wo in Osteuropa versucht wurde, marktwirtschaftliche Elemente einzuführen, entpuppten sich entsprechende „Reformen“ als Politik auf Kosten der Arbeiter. Dort hat sich der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung noch mehr verschlechtert (siehe Polen, Ungarn und Jugoslawien).

Die wirtschaftliche Alternative heißt nicht: entweder bürokratische Planwirtschaft oder mehr Markt. Es gibt auch einen anderen Weg, der wirklich nach vorne weisen würde, nämlich die Leitung der Betriebe unter Arbeiterkontrolle, die demokratische Verwaltung der Wirtschaft durch gewählte Organe der arbeitenden Bevölkerung (siehe auch Seite 3).

Rätedemokratie statt reformierte Volkskammer

Freie Wahlen sind momentan die wichtigste Forderung der Bewegung. Doch zu was? Durch Wahlen zur Volkskammer, wo man nach dem Vorbild des Bundestages alle paar Jahre ein Kreuzchen macht, hat man auch keine Garantie, daß sich die Verhältnisse verbessern. Wer soll die Durchführung der Wahlen kontrollie-

DDR: Weg mit der Bürokratie!

Arbeiter sollen regieren

Marktwirtschaft ist keine Alternative



Großdemonstration am 4. November in Ost-Berlin.

ren? Die herrschende Bürokratie, die Wahlfälscher von gestern? Die UNO durch ein paar von außen geschickte Kommissare? Nein, das politische Geschehen muß durch gewählte Organe der Bevölkerung kontrolliert und geleitet werden. Die Alternative ist nicht statt einer SED-kontrollierten Volkskammer eine reformierte Volkskammer, sondern der Aufbau ganz neuer

demokratischer Strukturen! Freie, geheime und direkte Wahlen zu Räten, die jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig sind, in denen die gewählten Vertreter kein höheres Einkommen haben als der Durchschnitt der Bevölkerung und keine Privilegien genießen, sind erforderlich. Eine solche, wirklich sozialistische Demokratie ginge weit über die parlamentari-

sche Demokratie des Westens hinaus.

Nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus hat die DDR bis jetzt bestimmt. Frei gewählte Organe der direkten Demokratie, die Wirtschaft, Staat und Gesellschaft demokratisch leiten, würden erst eine sozialistische Perspektive eröffnen.

Bernd Bosmann, Kassel
Jungsozialist

Wohnungsnot Miethaie enteignen!

Die Wohnungsnot führt zu menschenunwürdigen Zuständen: Zum Beispiel gibt es Studenten, die in Zelten auf dem Gelände der Unis campieren müssen - und das zu dieser Jahreszeit!

Es gibt viele tausend leerstehende Wohnungen. Sie sind überwiegend im Privatbesitz von Spekulanten und Hausbesitzern, aber die sind nicht im geringsten daran interessiert, diese Häuser zu renovieren und zu vermieten. Sie warten lieber, bis es auf dem Wohnungsmarkt kaum noch billigen Wohnraum gibt. Wenn sie dann investieren, können sie Mieten (oder Preise bei Eigentumswohnungen) verlangen, die sich ein normal verdienender Mensch kaum noch leisten kann.

Neuerdings wird in einigen SPD-regierten Kommunen wie z.B. Hamburg, Berlin und Frankfurt darüber debattiert, ob man diese leerstehenden Wohnungen aufbrechen und zwangsbelegen soll, um dort Über- und Aussiedler unterzubringen. Das ist ein Beweis, daß die Marktwirtschaft nicht garantieren kann, daß Primärbedürfnisse der Menschen befriedigt werden. In Einzelfällen wurden solche Maßnahmen auch schon ergriffen. Leider laufen sie eher still und heimlich ab, weil die SPD-Führung glaubt, sie seien unpopulär.

Solche Maßnahmen müssen noch viel breiter in die Öffentlichkeit getragen werden, weil sie sich direkt gegen die wirklich Verantwortlichen der Wohnungsnot richten. Überall muß die SPD ihr Vorgehen gegen diese elenden Spekulanten erklären. Die Miethaie müssen enteignet, der Wohnraum sofort verteilt werden. Dabei darf es keine Vorrechte geben.

Weil die Wohnungen nicht reichen, müssen SPD und DGB sofort für ein massives Bauprogramm für Sozialwohnungen eintreten und mobilisieren. Alle SPD-regierten Länder und Kommunen müssen mit Beispiel vorangehen und Wohnungen bauen.

Jens Petersen, Bremerhaven
Jungsozialist

Wir brauchen Deine Spende!

Die rasante Entwicklung der revolutionären Bewegung in der DDR stellt uns vor große Aufgaben, die wir nur mit entsprechend großen Extra-Einnahmen bewältigen können. Die DDR-Bürger, die in den letzten Wochen zu Besuch in die BRD kamen, sind sehr interessiert an unseren politischen Ideen. Wir müssen unsere Zeitung und anderes Material in hohen Auflagen herausbringen, um diese Nachfrage zu decken.

Alle Leser und Unterstützer sind deshalb aufgerufen, jetzt durch Sonder Spenden den Aufbau von VORAN als Stimme der Marxisten in der Arbeiterbewegung voranzutreiben.

Der Kommentar

Angst vor der Wiedervereinigung?

Als die SED-Bürokratie am 9. November der DDR-Bevölkerung die freie Ausreise zugestand und sich innerhalb von Stunden bewegende Szenen in Berlin wie auch entlang der deutsch-deutschen Grenze abspielten, sah sich Helmut Kohl schon als Kanzler der deutschen Wiedervereinigung. Doch die Pfeife von DDR-Arbeitern bei seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus zeigen, daß die arbeitende Bevölkerung der DDR weder von Kohl noch von Krenz regiert werden möchte.

Die meisten DDR-Bürger haben inzwischen Kurzbesuche in Berlin und im Bundesgebiet gemacht. Die überwiegende Mehrheit von ihnen will in der DDR bleiben und ist nach den Zugeständnissen der letzten Wochen darin bestärkt worden, daß es sich doch zu bleiben und zu kämpfen lohnt. Trotz voller Schaufenster, riesigen Warenangebots, großer Autos und bunter Fassaden im Westen haben die „Brüder und Schwestern von drüben“ in den letzten Wochen ein hohes, sozialistisches Selbstbewußtsein entwickelt.

Die neuen Reiseregulungen erleichtern nicht nur menschliche Kontakte in Regionen, die 28 Jahre lang durch eine fast unüberwindliche Grenze zerschnitten waren. Sie schaffen auch bessere Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiter beider Staaten näher zusammenrücken und ihre gemeinsamen Interessen im Kampf gegen das jeweilige System, gegen Kohl und Krenz entwickeln und vertiefen. Direkte Verbindungen zwischen Belegschaften einzelner Betriebe der gleichen Branche und Solidaritätsaktionen anläßlich konkreter Kämpfe sollten ab sofort aufgebaut werden. Dies gilt übrigens auch für neu entstehende Organisationen der Studenten in der DDR, die erkannt haben, daß die SED-gelenkte FDJ ihre Interessen nicht wahrnehmen kann. Der anstehende Kampf in der BRD-Metallindustrie um die 35-Stunden-Woche könnte auch ein Signal an die DDR-Arbeiter sein, um durch bessere, d.h. demokratische Organisation der Arbeit die Arbeitszeit von 42 auf 35 Stunden zu senken.

Arbeiter in Ost und West müssen gemeinsam aufdecken, wie viele in der DDR produzierte hochwertige Waren in die BRD zu Schleuderpreisen veramscht werden, nur um den Hunger der Bürokratie nach westlichem Luxus zu stillen. Wir müssen uns gemeinsam dagegen wehren, daß die neue deutsch-deutsche Lage dazu mißbraucht wird, den Arbeitern in beiden Ländern neue Opfer (in Form einer marktwirtschaftlichen „Roßkur“ im Osten oder von Sonderabgaben im Westen) aufzubürden.

Die Arbeiter in der DDR haben jetzt die historische Chance, aller Welt zu zeigen, wie eine demokratische Planwirtschaft ohne schmarotzerische Bürokratie aussehen kann. Ein solcher Durchbruch würde Europa und die ganze Welt vielleicht noch weit mehr erschüttern als die russische Oktoberrevolution von 1917. Vor allem in der BRD haben die Kapitalisten und ihre Politiker jahrzehntelang ihre Herrschaft darauf gestützt, daß Sozialismus „Unfreiheit und Armut“ bedeute. Das „Geht doch nach drüben“ würde den Anhängern des Kapitalismus im Halse stecken bleiben. Das Haupthindernis für eine sozialistische Umwälzung in der BRD, das abschreckende Beispiel von angeblichem „Sozialismus“ im Osten, wäre beseitigt. Somit könnte der Anfang vom Ende des westdeutschen und westeuropäischen Kapitalismus anbrechen.

Angesichts solcher Perspektiven ist es unverständlich, daß viele „Linke“ und „Sozialisten“ in der BRD die deutsche Zweistaatlichkeit als „höchstes Gut“ unter allen Umständen für immer festschreiben wollen. Der beste Schutz für eine sozialistische Räte-demokratie in der DDR liegt nicht in strengen Zollkontrollen oder freundlicher Diplomatie mit bürgerlichen Politikern, sondern in einer Unterstützung der Kämpfe in Ost und West mit dem Ziel der vereinigten sozialistischen Staaten von Europa. Sobald in beiden deutschen Staaten die arbeitende Bevölkerung wirkliche Herrschaft ausübt, wird einer völligen Aufhebung der deutsch-deutschen Grenze nichts mehr im Wege stehen. Ein übergreifender demokratischer Wirtschaftsplan, ohne kapitalistische oder stalinistische Fesseln, könnte das industrielle Potential und die Kreativität der arbeitenden Bevölkerung beider Teile Deutschlands und die sozialistische Umwandlung ganz Europas fördern.

Wer jeglichen Gedanken an „Wiedervereinigung“ von sich weist, der geht - bewußt oder unbewußt - davon aus, daß Kapitalismus im Westen und bürokratische Herrschaft im Osten stabil und dauerhaft sind. Wer unter Hinweis auf die deutsche Geschichte panische Angst vor einem „starken Deutschland“ hat und die Zweistaatlichkeit als „Strafe für Auschwitz“ (Joschka Fischer) akzeptiert, der ist dem Märchen von einer „Kollektivschuld der Deutschen“ an Faschismus und Krieg auf den Leim gegangen und verdrängt die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem 1. und 2. Weltkrieg. Nicht die Festschreibung bestehender Systeme, sondern die Abschaffung des Kapitalismus gerade im Westen können letztendlich garantieren, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. 22.11.1989

Zu Besuch in der DDR Die Macht dem Volke

Eigentlich sollte es nur ein Besuch bei Verwandten sein. Diamantene Hochzeit war angesagt. Was daraus wurde, war das politisch beeindruckendste Erlebnis, das ich jemals hatte. Zum Glück nehmen politische Entwicklungen keine Rücksicht auf Familienfeste!

Am 21. Oktober war es endlich soweit. Nochmal schnell alles durchgeschaut - Reisepässe, alles ok, hoffentlich stimmt alles - und los geht's. Ich war ganz schön aufgeregt. Nachdem 46.000 Menschen die DDR verlassen hatten, Honni gerade aus „Krankheitsgründen“ den Löffel geschmissen hatte und das Thema täglich in den Medien behandelt wurde, war ich richtig gespannt auf Land und Leute, die Auseinandersetzung und vor allem die Stimmung im „Arbeiter- und Bauernstaat“. Ehrlich gesagt wußte ich bis dahin verdammt wenig über die DDR, über die geographischen, geschweige denn über die Lebensverhältnisse.

Daß dort kein Sozialismus herrschte, war mir schon klar. Trotzdem war ich schockiert über die herrschenden Zustände: Die Luft stinkt zum Himmel. Schuld daran sind die Trabbis, Verfeuerung minderwertiger Braunkohle und die schlechten Filteranlagen in den Fabriken. Die Wohnungs-

sis lächerlich. Schnell hatte sich die verlangte Ausladung herumgesprochen. Die Menge versammelte sich vor dem Gebäude der Stasi und bekundete mit lautem Gesang den Verhörten ihre Solidarität. Ein Feuerwehrmann stürmte gar das Verhörzimmer, klopfte einem Kirmesorganisator vor den Augen der verdutzten Stasis auf die Schulter und meinte: „Ich wollte Dir nur sagen, die gesamte Feuerwehr steht hinter Dir!“

Dies ist nur ein Beispiel täglicher Querelen mit dem Staatsapparat. Gleichzeitig ist es aber auch ein Beispiel dafür, daß sich die Leute in der DDR nicht mehr alles gefallen lassen.

Aber nun weiter. Gleich nach unserer Ankunft wurden wir in die letzten politischen Ereignisse eingeweiht. Am Freitag, dem 20.10., also ein Tag vor unserer Ankunft, hatte in Mühlhausen zum ersten Mal seit dem Bestehen der DDR eine Demo für Reformen stattgefunden. Ca. 2000 Leute (mit Stasis)

mitbekommen, was da auf ihn zukommt, denn er erwartete die Menge schon.

Die Leute forderten ihn auf, hoch ans Fenster zu gehen und ihnen zu sagen, was er zu einer Veränderung in der DDR beizutragen hätte. Also ging er hoch, versuchte die Rufe „Spring runter, spring runter!“ zu überhören und erklärte, daß er vorschläge, am nächsten Freitag eine große Versammlung mit wichtigen Funktionären der Stadt und den Bürgern im Sta-



dion Mühlhausens zu veranstalten. „Austausch“ nannte er das. „Beschwichtigung“ nannten es die 5000, doch erstmal gaben sie sich zufrieden und zogen, das Transparent „Die DDR - Krenzenlos“ schwenkend, zurück zur Kirche.

Bei meinem DDR-Besuch habe ich das empfunden, was die „Schmetterlinge“ in ihrer „Proletenpassion“ wie folgt zum Ausdruck brachten: „Manchmal kann es geschehen, hörst Du den Puls der Welt, als blieben die Wolken stehen, wie wenn die Erde ihr Drehen und ihre Luft anhält!“

Empfehlung an alle VORAN-Leserinnen und -Leser: Fahrt mal rüber!!

Nicky Klinger, Jungsozialistin Stuttgart



Alle Fotos auf den Seiten 2 und 3 sind von der Demonstration in Ost-Berlin am 4. November 1989, wo sich 1 Million Menschen versammelten.

not ist mindestens so groß wie in der BRD, viele existentielle Konsumgüter sind sündhaft teuer, wie z.B. Schuhe. Ein gutes Paar Wildlederschuhe kostet ca. 260 Ostmark.

Es gibt so gut wie keine „normalen“ Kneipen, kaum Discos, Kinos oder sonstige Jugendtreffpunkte. Und wenn man eine der wenigen Kulturveranstaltungen besuchen will, muß man sich die Hacken ablaufen für eine Eintrittskarte, die dann auch noch verdammt teuer ist.

Protest gegen den Stasi

Außer dem Mangel an Konsumgütern belastet die Leute in der DDR der Staatsterror. Folgendes wurde mir erzählt: In Heyerode, einem Dorf nahe Mühlhausen (einer Kleinstadt bei Eisenach), fand einige Tage vor unserer Ankunft die alljährliche Kirmesfeier statt. Zufällig waren zwei Künstler aus Österreich in der Gegend, die sich spontan entschlossen, an der Abendveranstaltung der Kirmes teilzunehmen. Irgendwie hat das der Stasi mitbekommen. Beim Umzug durch das Dorf wurden die offiziellen Kirmesorganisatoren zur Stasi geladen und verhöört. Sie wurden aufgefordert, die Österreicher sofort auszuladen! (So sieht der proletarische Internationalismus der SED aus!)

Diesmal aber machten sich die Sta-

trafen sich nach dem Gottesdienst vor der Kirche und schlossen sich zu einem Demonstrationzug zusammen; vorbei an Kasernen der Sowjetarmee, wo die Demo mit „Gorbi, Gorbi“-Rufen die SU-Soldaten an die Fenster lockte, vorbei am Hauptquartier der Stasi, wo sie ihre Forderung: „Stasi in die Volkswirtschaft“ demonstriert herauschrie. Dann ging's, laut die „Internationale“ singend, zur Kirche zurück.

„Fürchtet Euch nicht“

Sonntag, 22.10.: In der Kirche sollte abends eine interne Aussprache stattfinden. Aus dem Treffen wurde eine Demo mit über 5000 Bürgern und Bürgerinnen (ebenfalls Stasis inbegriffen). Es war gigantisch. Natürlich war die Kirche für solche Massen viel zu klein, aber die Leute versammelten sich auf der Hauptstraße vor der Kirche und holten so noch ein paar Passanten hinzu.

Die Stimmung war diesmal fordernder, aggressiver als beim letzten Mal. Die Leute wollten nicht nur reden, es sollte sich endlich was verändern. Und so zogen sie, das Kirchenlied „Fürchtet Euch nicht“ (in leicht abgeänderter Form) singend, durch Mühlhausen, direkt zum Rathaus, um den Bürgermeister der Stadt herauszuholen. Der hatte wohl schon über seine Stasispit-

Reisen ohne Geld?

Endlich gibt es jetzt die lang ersehnte weitgehende Reisefreiheit für DDR-Bürger in die BRD. Doch Reisen kostet Geld, und mit 15,- DM, die drüben getauscht werden können, und 100,- DM „Begrüßungsgeld“ kommt man nicht weit. Verständlich, daß DDR-Bürger auf Besuch den Verwandten nicht auf der Tasche liegen wollen.

Sind die Arbeitenden in der DDR nicht fleißig genug, oder warum steht die Ostmark hier so niedrig im Kurs? Die Ursache liegt im enormen Produktivitätsrückstand der DDR-Wirtschaft im Vergleich zu entwickelten kapitalistischen Ländern. Hochmoderne Industrieprodukte etwa aus dem Elektronikbereich werden gegen geringerwertige Konsumgüter ge-

tauscht.

Die DDR-Bürokratie sagt jetzt der Bevölkerung: „Wir können nicht mehr Devisen für Reisen zur Verfügung stellen, ohne unsere Wirtschaft nachhaltig zu schädigen.“ Das läßt jedoch völlig außer Betracht, wer denn eigentlich verantwortlich ist für derlei Probleme. Es müßte sofort zuverlässiges Zahlenmaterial über die Devisenwirtschaft veröffentlicht werden. Eine gesamtwirtschaftliche Rechnung ist erst einmal anzustellen. Wieviel Geld wird verschwendet, um hunderttausende unnützer Bürokraten und Stasi-Leute auszuhalten?

Wohin gehen die ganzen Gelder, die durch den Zwangsumtausch der BRD-Bürger eingenommen werden?

Etwa in den Luxuskonsum der Spitzenfunktionäre? Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall der DDR, Nennstiel, ließ sich von Arbeiterbrigaden, die eigentlich zu Arbeiten bei der S-Bahn eingesetzt werden sollten, für 2 Millionen DM (Devisen) eine zweistöckige Villa bauen.

Wie groß sind die regelmäßigen Verluste durch bürokratische Fehlplanung und Mißwirtschaft? Wie ein linker Journalist vorrechnete: „Würde man nur die Gehälter von 300.000 Bürokraten, Direktoren, hoher Offiziere etc. auf den gesellschaftlichen Durchschnittslohn senken, so erbrächte bereits dies jährlich rund 50 Milliarden DDR-Mark, im Extremfall mit 1:10 umgetauscht 5 Milliarden DM. Für 10 Millionen DDR-Westreisende erbrächte dies bereits 500 Mark (West) je Person für Westreisen im Jahr.“

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V. Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11 Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

„Wir brauchen eine Räte-demokratie“

Interview mit M., 19 Jahre alt, Arbeiter in einem kulturellen Dienstleistungsbetrieb in der DDR mit 500 Beschäftigten.

Frage: Du hast auf den Demonstrationen ein Transparent mit der Aufschrift „Gründet Arbeiterräte“ getragen und auch selbst in Deinem Betrieb einen gegründet. Wie ist es dazu gekommen?

Antwort: Als es los ging mit dem Dialog, der von der SED-Führung aufgrund des Drucks der Massenbewegung begonnen wurde, haben wir den Dialog auch im Betrieb gefordert. Die engagiertesten Kollegen haben sich zusammengesetzt, und wir sind übereingekommen, folgendes vorzuschlagen: Jeder Bereich, das ist die unterste administrative Einheit, wo durchschnittlich sechs bis zehn Kollegen zusammen arbeiten, wählt einen Sprecher. Diese gewählten Sprecher bilden den Arbeiterrat. In jedem Bereich wird ein Problemkatalog zusammengestellt, über die Probleme im jeweiligen Bereich, aber auch übergeordnete Probleme. Der wird dann zu einem gesamtbetrieblichen Problemkatalog zusammengefasst. (...) Die Betriebsleitung wählt ebenfalls Sprecher, die auch im Rat vertreten sein sollen.

Warum die Betriebsleitung?

Weil da zum Teil Leute drin sind, die Fachkoryphäen (d.h. erste Gelehrte, die Red.) sind, die wissenschaftlich ausgebildet sind. Ich bin gegen die Strömungen, die es auch in der DDR gibt, also anarchistische Strömungen, die sagen, man soll alle rauschmeißen, die bisher in der Leitung waren. Warum sollen wir ihr Fachwissen nicht annehmen? Es kann bloß nicht sein, daß so ein Theoretiker am Schreibtisch bestimmt, was im ganzen Betrieb passiert, über 500 Köpfe hinweg. Das ist nicht sozialistisch. Diejenigen, die mit ihren Händen arbeiten, müssen natürlich die Mehrheit haben im Arbeiterrat. Aber das ist ja gewährleistet.

Und das hat die Betriebsleitung einfach so akzeptiert?

Na ja, natürlich nur auf Druck hin. Sie hat erst eine Betriebsversammlung einberufen, um Druck abzulassen. Da kamen diesmal viel mehr als sonst, fast

alle waren da. Unser Vorschlag zur Gründung des Rats wurde angenommen und die Sprecher in den Bereichen wurden gewählt.

Am Anfang hat sich die Betriebsleitung noch Illusionen gemacht und gesagt: Na gut, wir arbeiten dann mit diesem Betriebsrat zusammen. Sie hatten noch nicht ganz begriffen, daß die Betriebsleitung im Arbeiterrat aufgehen soll, also der Arbeiterrat selbst



den Betrieb leiten soll. Schließlich haben sie sich aber dem Druck gebeugt und Sprecher in den Rat gewählt. Es blieb ihnen nichts anderes übrig. Wir haben also praktisch die Räteidee von Lenin durchgeführt, wie sie 1917 angefangen wurde. Ich hab dann auch 1000 Flugblätter gedruckt, für andere

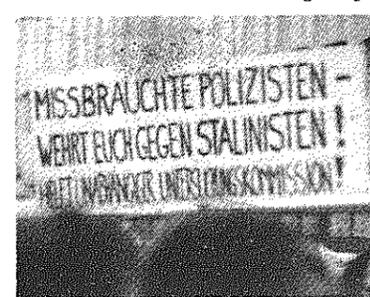
Betriebe, wo sozusagen eine „Bastelanleitung“ für Räte drin ist. Darin stelle ich auch klar, daß die Idee von Lenin ist, und daß die marxistischen Ideen hier 40 Jahre mit Füßen getreten wurden. Und daß es nicht gilt, gegen die Kommunisten zu wettern, sondern gegen die Stalinisten, die dieses System völlig in Verruf gebracht haben.

Wir brauchen eine Räte-demokratie. (...) Die Verantwortlichen müssen wählbar, abwählbar, jederzeit rechenschaftspflichtig sein und dürfen keine Privilegien bekommen.

Wie bist Du denn persönlich auf diese Ideen Lenins gestoßen?

Na ja, erstmal ist mir das in der Schule eingetrichtert worden. Aber auf eine Art und Weise, daß hinterher die Scheuklappen fallen, wenn man nur die Namen hört. Aber ich hab eigentlich immer damit geliebäugelt, weil - Christentum und sowas kam für mich nicht in Frage. Da glaub' ich einfach nicht daran. Ich habe dann gedacht: Wenn so viele für marxistische Ideen schon in den Tod gegangen sind, muß ja vielleicht doch was dran sein, und angefangen, selbst zu lesen, besonders „Staat und Revolution“ von Lenin. Das hat mir ein Marxist aus der BRD empfohlen. Schon nach den ersten paar Seiten bin ich dahinter gekommen, daß das, was die Klassiker schreiben, was ganz anderes ist, als in der DDR verwirklicht wurde.

Wie beurteilst Du die derzeitige Lage



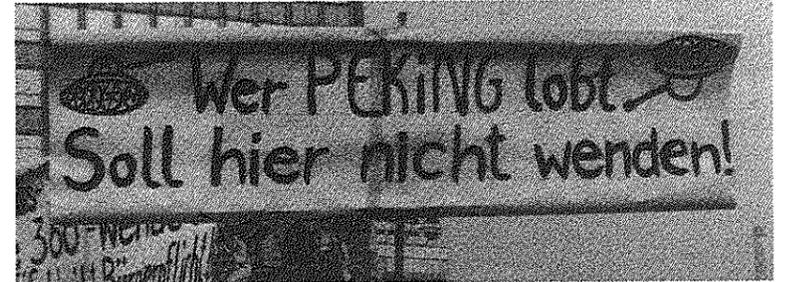
in der DDR und die Reformforderungen?

(...) Es gibt da Gruppierungen, die die soziale Marktwirtschaft vertreten. Aber das Vokabular „Kapitalismus“

und „Ausbeutung“ vermeiden sie dabei. Zum Beispiel die SDP fordert in ihrem Statut eine „ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot“. Dabei werden Gesetze eben dieser Marktwirtschaft dreimal mit Füßen getreten. Erstens: „Ökologisch orientiert“ ist nicht möglich in einem Konkurrenz- und Profitsystem. Beispiel BRD, die nur noch die Möglichkeit sieht, Giftmüll in die DDR zu transportieren. Zweitens: „Soziale Marktwirtschaft“ gibt es nicht. Entweder eine Wirtschaft ist sozial, oder aber es herrscht der Markt, also knallharte Konkurrenz. Drittens:

in den Kommunen werden Räte gewählt, und das setzt sich bis nach oben fort. Die Forderungen kommen aus der Masse und werden durch die Räte als Vertretungsorgane der Masse zusammengefaßt und umgesetzt. Der oberste Arbeiterrat ist also eigentlich keine Regierung, sondern nur ein Vertretungsorgan, das koordiniert.

Lenin spricht sich in „Staat und Revolution“ ja auch klar gegen den Parlamentarismus aus, und das ist auch völlig in Ordnung. Die versuchen ja im Augenblick, die Volkskammer wie den Bundestag aufzuziehen. Aber das lehne ich strikt ab, das ist doch nur



Monopole bilden sich immer heraus auf einer bestimmten Stufe des Kapitalismus. Das ist ein Gesetz des Marktes.

Also ist das doch eine völlig irrsinnige Forderung. Mit solchen Floskeln wie „soziale Marktwirtschaft“ soll gesagt werden: Man will den Kapitalismus, aber ohne Schattenseiten. Das ist absurd und unrealistisch.

Soziale Marktwirtschaft ist für Dich also keine Alternative?

Nein, auf keinen Fall. Ich bin für Rätewirtschaft. Also in den Betrieben und

eine Quasselbude, und keine echte Volksvertretung. (...)

Die Kommunisten in der DDR haben zwei Riesenaufgaben vor sich: einmal die Aufklärungsarbeit über wirkliche marxistische Ideen. Alle Begriffe wurden durch den Schmutz gezogen. Aber man kann das Fahrrad doch nicht zweimal erfinden. Warum soll ich neue Worte erfinden, wenn schon mal alles richtig geschrieben wurde von Lenin, Marx und Engels? Und zum anderen haben wir die Aufgabe, die Arbeiterräte durchzusetzen.

Am 9. Oktober waren in Leipzig die Maschinengewehre schon aufgestellt. Beinahe wäre es zum Massaker gekommen. Die Bürokratie muß außerstande gesetzt werden, mit Gewalt gegen das Volk vorgehen zu können. Alle bewaffneten Einheiten sind der Kontrolle durch von den Arbeitern demokratisch gewählten Gremien zu unterstellen; gewerkschaftliche Rechte für Soldaten und Polizisten; Wahl der Offiziere! Auflösung der Stasi und „Betriebskampfgruppen“!

Die chinesischen Ereignisse vom Mai und Juni 1989 - die Massenproteste und das Massaker - sind eine wichtige Lehre für alle Arbeiter der Welt.

Bestellt die Broschüre noch heute bei der Redaktion. Preis: 2,- DM.

Steve Jolly

Als Augenzeuge in China

Auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Mai, Juni 1989

Eine 16-seitige Broschüre DM 2,-

DDR-Wirtschaft

Die Arbeiter müssen selbst planen!

Die Versorgungslage der DDR-Bürger hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Wirtschaft befindet sich bereits in Stagnation oder steht kurz davor. Genaueres weiß eigentlich keiner, da es keine zuverlässige Wirtschaftsstatistik gibt. Zahlen und Sachverhalte werden bereits auf unterster Ebene geschönt, damit die Verantwortlichen Prämien und Vergünstigungen wegen Planerfüllung einstreichen können.

Viele Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden in Prozentzahlen und Indexreihen gemacht. Für den Außenhandel werden nur Gesamtzahlen genannt. In welchem Verhältnis Import und Export zueinander stehen, oder aber wie die DDR-Binnenmark im Verhältnis zur für die Außenhandelsberechnung benutzten „Valutamark“ notiert ist, oder aber wie hoch die Inflation ist, das wissen nur die DDR-Oberen - und oft noch nicht mal sie!

Die „Volkskammer“ - eigentlich gar kein richtiges Parlament - vernahm kürzlich vom abgesetzten Regierungschef Willi Stoph, daß durch persönliche Entscheidungen von Erich Honecker und Günter Mittag die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft „stark beeinträchtigt“ worden wäre. Jetzt soll ein Untersuchungsausschuß Fälle von „Amtsmissbrauch, Korruption und ungerechtfertigter Bereicherung“ aufspüren. Der scheidende Finanzminister erklärte, daß seit Jahren der Haushalt gefälscht wurde, um Inlandsschulden in Höhe von 130 Milliarden Mark zu vertuschen! Die Exportrentabilität habe sich verschlechtert: 1980 habe man im eigenen Land 2,40 DDR-Mark, 1989 4,40 DDR-Mark für eine D-Mark erarbeiten müssen. Mit anderen Worten: Der Produktivitätsrückstand der DDR hat sich fast verdoppelt!

Damit ist das wirtschaftliche Scheitern der bürokratischen Planung in der relativ hochentwickelten DDR-Wirtschaft in aller Öffentlichkeit bewiesen. Indem sie jetzt Honecker und Mittag als Sündenböcke abstempeln, wollen die anderen Bürokraten sich selbst die Absolution erteilen - um nicht die letzte Ölung von den Arbeitern zu erhalten. Mit zusätzlichen Kennziffern, Plänen und Prinzipien wurde schon lange versucht, die drohende Plankatastrophe abzuwenden. Vergebens! Im neuen Aktionsprogramm der SED ist die Rede von „einer an Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft, die künftig allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten Anreize für ökonomische Initiativen und höhere Leistungen bietet“.

Doch alle Versuche, zentrale Entscheidungsbefugnisse auf untere Ebenen der Funktionärsschicht zu verlagern, Zugeständnisse an den kleinen Privatsektor zu geben oder aber das Leistungsprinzip allgemein einzuführen, werden die Wirtschaft nicht nach vorne bringen. Die Arbeiter müssen in frei gewählten Organen, von unten nach oben organisiert, die Planung in die eigenen Hände nehmen. Ohne die schöpferische Initiative aller Werktätigen tatsächlich zu entfalten, können die großen Vorteile der Planwirtschaft nicht genutzt werden. In der „Leipzi-

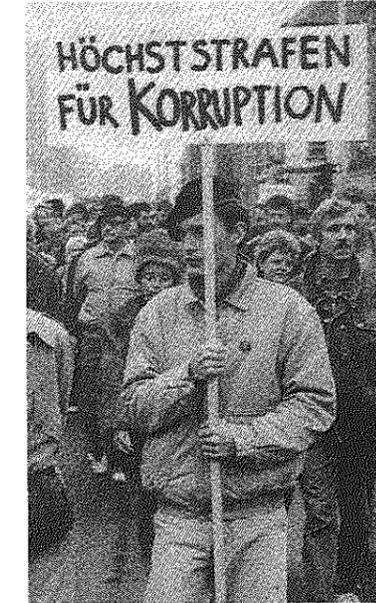
ger Volkszeitung“ schrieb eine Textilarbeiterin: „Wir stellen Pullover her, von denen wir wissen, daß sie Ladenhüter sind. Wir haben schon oft darüber diskutiert, daß wir das modischer machen könnten und hier und da ein bißchen schicker. Da hat es aber geheißen, dann schaffen wir unseren Plan nicht, und dann haben wir das gelassen und produziert weiter Ladenhüter.“ (laut „taz“ 28.10.89) Das ist bei weitem kein Einzelbeispiel.

Fehlende Einwirkungsmöglichkeiten führen zu Desinteresse und Apathie der Arbeitenden. Für die verantwortlichen Funktionäre zählt nur Planerfüllung, weil damit Prämien winken. Auf diese Weise kommt es zu haarsträubenden Rückständigkeits, etwa in der Modellentwicklung der Automobilindustrie.

Marktwirtschaftliche Elemente?

Reformversuche durch Einpflanzen marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft haben in anderen Ostblockländern nicht zu einer wirklichen Besserung für die Masse der Bevölkerung geführt. Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter, Arbeitslosigkeit, Inflation und andere Übel waren die Folge. In Ungarn wird alles in Geschäften angeboten, doch die Menschen haben nicht genug Geld, um die hohen Preise zu zahlen. Etliche Arbeiter üben Zweit- oder Nebenjobs aus, um ihren Lebensstandard halten zu können.

Westliche Wirtschaftsfachleute empfehlen eine Aufbrechung der Kombi-natsstrukturen in der DDR-Wirtschaft, damit Einzelbetriebe miteinan-



der konkurrieren können und sogenannte „Angebotsmonopole“ entflochten werden. Gleichzeitig wünschen sie die Einführung eines Leistungsprinzips bei der Lohnfestsetzung für die Beschäftigten. Doch damit wird nur die Verantwortung für die Mängel ineffektiver Planung der verantwortlichen Funktionäre auf die Arbeiter abgewälzt. Der Einzelne kann an seinem Arbeitsplatz noch so fleißig sein, es nutzt nichts, wenn z.B. kein Nachschub an Material zur Weiterverarbeitung kommt oder die einzelnen Tätigkeiten unzureichend koordiniert sind.

Wenn dann noch das Außenhandelsmonopol des Staates gelockert oder gar abgeschafft würde, die einzelnen untereinander konkurrierenden DDR-Betriebe auf eigene Rechnung Außenhandel betreiben könnten, würden Wunschräume der BRD-Kapitalisten in Erfüllung gehen. Jointventures VW/Trabant und andere würden folgen, deutsche Kapitalisten könnten DDR-Betriebe aufkaufen - die Planwirtschaft würde nach und nach ausgehöhlt.

Manche BRD-Unternehmer und ihre Parteien hegen solche Hoffnungen. Die DDR-Oppositionsbewegung ist ihnen jedoch suspekt, da sie einen eindeutig sozialistischen Grundcharakter trägt. Führende bürgerliche Politiker haben deutlich gemacht, daß sie eine Wiedereinführung der Marktwirtschaft und des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der DDR wollen.

In der sozialistischen Opposition der DDR hat die Diskussion gerade erst begonnen. Die Arbeiter der DDR könnten uns in der BRD zeigen, welches Potential in einer modernen, demokratisch geplanten und gelenkten Planwirtschaft steckt. Die verstaatlichte Industrie, die kollektivierte Landwirtschaft, das staatliche Außenhandelsmonopol und die Planung der Wirtschaft: Damit sind die wirtschaftlichen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus gegeben. Die große Zentralisierung der DDR-Wirtschaft und die Kombinate sind ein enormer Vorteil. Die Bürokratie auf allen Ebenen muß entmachtet und ersetzt werden durch eine echte Arbeiterdemokratie.

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist

Kampf gegen Neonazis Schulterschluß von SPD und DGB gegen Faschismus und Rassismus!

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Gesundheitsreform, die Tatsache, daß Jugendliche keine vernünftige Zukunftsperspektive mehr haben und andere Auswirkungen der sogenannten „sozialen“ Marktwirtschaft führen seit ca. zwei Jahren zum Wiedererstarken neofaschistischer Organisationen, wie den Republikanern oder der DVU. In der Arbeiterbewegung und der gesamten Linken gibt es seitdem heftige Diskussionen und auch viel Verwirrung um die Frage, wie die Faschisten heute richtig zu bekämpfen sind.

Der Faschismus ist nicht nur eine Bedrohung für die demokratischen Rechte und die Lebensbedingungen für die ausländischen Jugendlichen und Arbeiter. Er ist eine Bedrohung für die gesamte Arbeiterklasse, egal ob türkisch oder deutsch. Der Zweck, den Faschisten heute erfüllen, ist der von Hilfstruppen des Kapitals, die die Arbeiterklasse spalten sollen. Starke Repräsentanten der CDU die Angriffe auf die Arbeiter.

Einigkeit macht stark

Um diese Angriffe zurückzuschlagen und Verbesserungen zu erreichen brauchen wir mehr denn je eine einigte Arbeiterschaft. Um z.B. in der Metallindustrie die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, ist eine starke Streikfront notwendig, d.h. der gemeinsame Kampf deutscher und ausländischer Kollegen. „Einigkeit macht uns stark“ muß weiterhin unser Motto sein.

In dieser Analyse der Rolle der Faschisten in der modernen kapitalistischen Gesellschaft liegt auch der Schlüssel zu ihrer wirksamen Bekämpfung. Die Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre sind dabei sehr wichtig, um heute eine Kampfstrategie zu entwickeln. In Deutschland konnte der Faschismus in Form des Nationalsozialismus nur an die Macht kommen, weil die Arbeiterklasse gespalten war und eine Einheitsfront von SPD und KPD ausblieb. Nur eine geschlossene Massenbewegung der Arbeiter hätte den Na-

zis den Weg zur Macht versperren können.

Seit dem Wahlerfolg der Republikaner in Berlin sind in der BRD hunderte Antifa-Initiativen ins Leben gerufen worden, die sich redlich bemühen, Aufklärungsarbeit zu leisten und Veranstaltungen oder Info-Stände von Faschisten zu verhindern. Was fehlt ist jedoch ein klares politisches Programm gegen Faschismus und eine klare politische Alternative. „Nazis raus“-Rufe und reiner Aktionismus auf moralischer Grundlage sind genauso wirkungslos, wie das Verstecken im Schneckenhaus, wo dann ewig über das „Phänomen“ Repräsentanten



kuert wird, aber nichts geschieht.

Das Fehlen einer Einheitsfront im Jahre 1933 wurde mittlerweile von den meisten Linken erkannt; heute wird jedoch allzuoft die falsche Schlussfolgerung daraus gezogen, unter allen Umständen alle linken Gruppen, egal wie klein und unbedeutend sie auch sein mögen, und sogar auch noch Kirche, FDP und CDU für solche Antifa-Initiativen zu gewinnen. Dort einigt man sich dann meist auf den sogenannten „Minimalkonsens“, der oft „gegen die bösen Faschisten“ gerichtet ist, aber keine Perspektive anbietet und mit dieser Methode auch nicht anbieten kann.

Die Faschisten können nur bekämpft werden, wenn die Punkte aufgegriffen werden, die für den Zulauf zu den Rechten sorgen. Die beste Antifa-Arbeit ist Wohnungsbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen etc., d.h. eine sozialistische Politik. Wer aus Rücksichtnahme vor bürgerlichen „Bündnispartnern“ den Arbeiterstandpunkt verläßt, wird keine wirksame Antifa-Arbeit leisten können. Die anscheinend zahlenmäßige Stärkung wird sogar zur Schwächung.

Die entscheidende Rolle kommt der Arbeiterklasse und ihren Massenorganisationen zu (SPD und DGB). Einheitsfront bedeutet die Schaffung größtmöglicher Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus oder für Verbesserungen. Im organisatorischen Sinn ist die Einheit der Arbeiter heute insofern verwirklicht, als es nur eine große Partei, die SPD, gibt - ein Vorteil gegenüber früher als auch im Vergleich zu anderen Ländern.

Soll uns der Staat helfen?

SPD und DGB haben die Kraft, den Nazis den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zum einen müssen sie eine offensive Aufklärungskampagne in den Betrieben, den Schulen, den Universitäten und Wohnvierteln starten. Bei Mobilisierungen von Faschisten,

wie z.B. Wahlkampftreffen der DVU, muß die ganze Kraft der Arbeiterbewegung in die Waagschale geworfen werden, d.h. Massenmobilisierung durch SPD und Gewerkschaften und nicht die „Guerillataktik“, wie sie die Autonomen gerne anwenden. Zum

ein falscher Ansatz, weil der Kampf von den Arbeitern an den Staat „delegiert“ wird, der ja selbst ein gegen die Arbeiter gerichtetes Organ ist.

Dieser wird den Nazis immer die Möglichkeit geben, sich zu organisieren. Verbote werden nur formaler Na-



Anti-Reps-Demonstration in Berlin.

anderen sollten sie nicht nur auf einer „Nazis-raus“-Grundlage die Jugend und die Arbeiterklasse zu mobilisieren versuchen, sondern eine sozialistische Perspektive damit verbinden.

Der Faschismus heute ist ein Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung ist zwar in der Lage, die Faschisten in ihre Grenzen zu weisen, das Kapital wird aber immer dafür sorgen, daß faschistische Banden bestehen bleiben. Im Kampf gegen die Nazis kann sich die Arbeiterbewegung nur auf ihre eigene Kraft verlassen und nicht auf den bürgerlichen Staat. Die Forderung nach Verbot der Nazi-Organisationen ist

sein und allenfalls eine Namensänderung bewirken. Nur der Kampf für und letzten Endes die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft wird den Faschisten den Boden entziehen, auf dem ihre Saat aufgehen kann. Denn in einer sozialistischen Gesellschaft verschwinden die sozialen Probleme, die zum Wachstum der Nazis führen, mehr und mehr. Deshalb sollte sich jeder, der gegen Nazis aktiv werden will, in SPD und DGB organisieren und für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms kämpfen.

Sascha Stanicic, Aachen
Jungsozialist

Weltwirtschaft Grenzenloser Aufschwung?

„Das erste Mal in meiner Karriere - und ich bin jetzt seit über 30 Jahren im Geschäft - sehe ich nichts am Horizont, das mich wirklich beunruhigt.“ Der bodenlose Optimismus dieses New Yorker Bankiers wurde schon eine Woche später tief erschüttert. Der Börsenkrach vom Freitag, dem 13. Oktober war ein Hinweis auf den in Wirklichkeit sehr instabilen Zustand der Weltwirtschaft.

Der von 1982 bis heute anhaltende Aufschwung ist in keiner Weise mit dem langen Boom der Nachkriegszeit von 1949-73 zu vergleichen. Die heute erzielten Wachstumsraten liegen weit unter denen der 50er und 60er Jahre. Seit der Rezession von 1974/75 geht der allgemeine Trend abwärts. Dies wird durch die Natur des derzeitigen Aufschwungs bestätigt.

Künstlicher Aufschwung

Von 1982 bis 1987 war der Aufschwung sehr schwächlich und mußte künstlich angeschoben werden. Die massive Verschuldung der USA und das dadurch finanzierte gigantische Rüstungsprogramm brachten die Wirtschaft in Schwung. Das hohe Defizit im US-Haushalt mußte gedeckt werden. Deswegen wurden die Zinsen hochgehalten, ausländische Anleger brachten ihr Geld auf US-Banken. Der so in die Höhe getriebene Dollarkurs erschwerte US-Unternehmen den Verkauf ihrer Waren ins Ausland und ermöglichte Exportsteigerungen v.a. für die BRD und Japan. So kam es zum „doppelten Defizit“ der USA: im Haushalt und in der Außenhandelsbilanz.

Ein weiterer Faktor war die unfreiwillige Finanzierung des Aufschwungs durch die unterentwickelten Länder über den starken Rohstoffpreiserfall. Die Schuldenkrise der „3. Welt“ hat sich bis heute weiter verschärft. Das grundlegende Merkmal dieses

Aufschwungs ist die fehlende Grundlage in der Ausweitung der Produktion und damit in der Beschäftigung: 7,5% Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der entwickelten kapitalistischen Länder in den 80er Jahren. Investitionen erfolgten hauptsächlich für Rationalisierungsmaßnahmen oder im Dienstleistungssektor.

Noch reizvoller erscheint den Kapitalisten die Börsenspekulation. Die enorme Aufblähung des Finanzmarktes und die Höhenflüge der Aktienkurse zeigen, daß die Kapitalisten wenig Vertrauen in die Zukunft von realen Investitionen in ihr System haben.

„Schwarzer Montag“ 1987

Diese Spekulationsblase platzte im Börsenkrach vom Oktober 1987. Die Kurse wurden „bereinigt“ und der reale Zustand der Wirtschaft wurde deutlich. Aber die Angst vor den politischen Folgen einer Krise - das heißt vor großen Kämpfen der Arbeiter - trieb die „G7“ (die sieben größten kapitalistischen Länder) zu weiteren Notmaßnahmen. Jetzt mußten die BRD und Japan die Rolle der „Lokomotive für die Weltwirtschaft“ übernehmen und die Nachfrage durch eine Erhöhung ihrer Defizite anheizen. Im Laufe des Jahres 1988 entwickelte sich ein wirklicher Aufschwung mit 4,1% Wachstum in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Grundlage hierfür war ein vor allem durch die Exportsteigerung von BRD und Japan erreichtes Wachstum des Welthandels

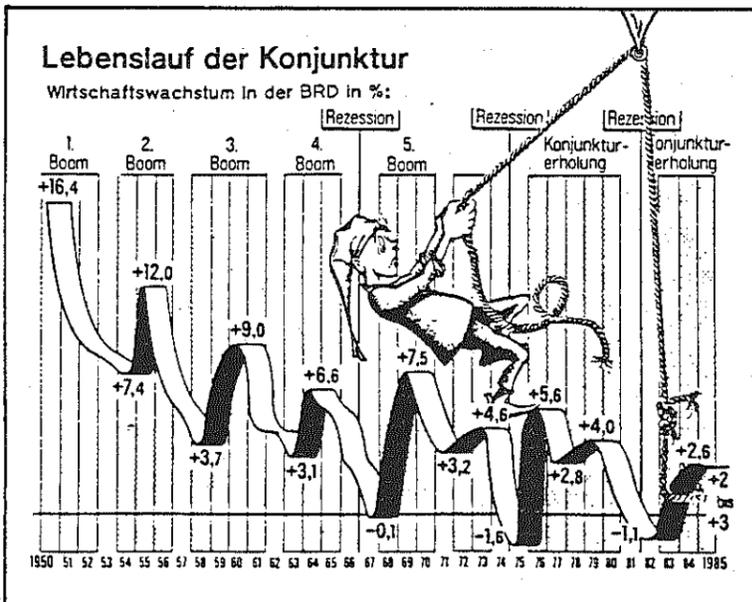
von 9%.

Die Ausdehnung des Kreditvolumens ging aber weit über die reale Ausdehnung von Produktion und Handel hinaus. Ein Abheben der Inflation war die Folge: 5,2% in den USA, 8,3% in Großbritannien, 3% in Japan.

Die Ungleichgewichte zwischen den

Verhinderung von Kapitalabfluß wird größer.

Es gibt verschärfte Tendenzen zum Handelskrieg zwischen USA, Japan und der EG. Diese Bedrohung für den Welthandel ist auch eine Bedrohung für den Aufschwung. Die Zusammenarbeit der „G7“ verdeckt also nur unzureichend die tiefen Widersprüche



Trotz momentanen Aufschwungs geht es mit dem Kapitalismus tendenziell bergab.

„Defizitländern“ wie USA und Großbritannien und den „Überschußländern“ Japan und BRD nahmen zu. Die letzte Zinserhöhung der BRD war ein Versuch, die inflationären Auswirkungen der US-Politik abzubremsen. Die Gefahr eines „Zinskrieges“ zur

zwischen den kapitalistischen Nationalstaaten. Wenn es zu einer krisenhaften Entwicklung kommt, wird es mit der Kooperation schnell ein Ende haben.

Die Angst davor, daß genau dieser Zusammenbruch des instabilen Gleich-

gewichts bevorsteht, steckt hinter dem Börsenkrach vom 13. Oktober 1989. Das Platzen des Übernahmengeschäfts der US-Luftfahrtgesellschaft UAL (durch die eigene Belegschaft) signalisierte das Ende der hochriskanten Aufkaufgeschäfte, bei denen Kredite an Stelle von Eigenkapital der Ankäufer standen. Durch das Eingreifen vor allem japanischer Banken konnte der „große Krach“ verhindert werden.

Die Anfälligkeit der Börsen ist ein Zeichen für die grundlegende Tendenz der Weltwirtschaft in Richtung Rezession. Das Wirtschaftswachstum in den USA und besonders in Großbritannien geht zurück.

Am Rande der Rezession

Es gibt zwar die Möglichkeit einer Verschiebung der nächsten Krise um ein bis drei Jahre durch ein weiteres von der BRD und Japan angeschobenes Wachstum des Welthandels, aber wahrscheinlicher ist ein baldiges Abgleiten in die Krise mit Großbritannien an der Spitze. Das Dilemma der Kapitalisten wurde dort sehr deutlich: Die Zinsen mußten auf 15% erhöht werden, um die galoppierende Inflation zu bremsen. Bei der hohen Verschuldung von Unternehmen und Konsumenten kommt das einem Abwürgen der Konjunktur gleich - ein Senken der Zinsen und verstärkte Inflation würden natürlich nichts lösen. Es droht dann „Stagflation“: Inflation und Stagnation der Wirtschaft gleichzeitig.

Dieses Dilemma gilt auch für die US-Wirtschaft. Sie ist größer als die sechs nächstgrößten kapitalistischen Länder zusammengenommen. Der Einbruch in den USA würde in kurzer Zeit die Weltwirtschaft in eine Krise reißen, die wahrscheinlich die schlimmste in der Nachkriegsgeschichte sein wird.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

Kommunalwahl in Baden-Württemberg

Ernsteste Warnung für die SPD

Das Ergebnis der Kommunalwahl in Baden-Württemberg vom 22. Oktober 1989 gleicht einem Erdbeben. Fast 10% Verluste für die CDU und fast so viele Gewinne für die Republikaner. Leichte Zuwächse für die Freien Wähler und die FDP. Stuttgart bleibt die einzige Großstadt mit über 500.000 Einwohner, in der die rechten Parteien eine Mehrheit haben.

Die Verluste der CDU kommen nicht von ungefähr. Ein immer größerer Teil ihrer traditionellen Wählerschichten gerät unter die Räder der Politik der Kohl-Regierung. Auch in der Kommunalpolitik konnte sie nicht mehr verheimlichen, daß sie verant-

punkt gelangt ist. In der bisher roten Hochburg Mannheim stellt die SPD den Oberbürgermeister und verlor hier die meisten Stimmen: 9%. In der Landeshauptstadt Stuttgart bekam die SPD mit 29,3% das schlechteste Ergebnis aller Wahlen in der Nachkriegsgeschichte - mit Ausnahme von Oberbürgermeisterwahlen.

Bei der Kommunalwahl 1971 hatte die Stuttgarter SPD noch das stolze Ergebnis von 44,3%. Ein Abwärtstrend von 15% innerhalb von 18 Jahren ist durch nichts zu beschönigen. Die Niederlage wird diesmal dadurch verstärkt, daß die SPD an die Reps Stimmen verloren hat. Der groß ange-

Greift nach den Sternen
EINE SOZIALISTISCHE KOMMUNALPOLITIK FÜR STUTTGART
Kein m² den Spekulanten!

Veranstaltung zur Kommunalwahl
Wahlen in Cannstatt
Do, 31.8. 19.30 Uhr
ORT: SEELHILFSGREIF, THURNBERGSTR. 57, BAD CANNSTATT, UFF-KREISSTADT

JungsozialistInnen in der SPD

... sie sind zu bestellen für 1 DM (plus mit 1,40 DM frankiertem Rückumschlag) bei: Jusos Stuttgart, Senefelderstraße 25a, 7000 Stuttgart 1

kündigte Sonderwahlkampf gegen die Reps war ein Flop. Es hat sich gezeigt, daß mit moralischen Appellen verlorenes Vertrauen nicht zurückgewonnen werden kann.

Jungsozialisten

Die Stuttgarter Jungsozialisten haben wiederholt die Parteiführung davor gewarnt, daß ihre Politik nicht in der Lage ist, den Reps das Wasser abzugraben und auf radikale Veränderungen gedrängt. So haben wir z.B. in

der Partei eine Diskussion über die anstehende Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart initiiert. Wer vertreten die Position, daß die Stuttgarter SPD und die SPD-Gemeinderatsfraktion das Olympiaspektakel unter heutigen Verhältnissen ablehnen müssen zugunsten einer sinnvollen Verwendung dieser Gelder für soziale Aufgaben und den Breitensport.

Wir waren der Meinung, daß sich mit dieser Position ein offensiver Wahlkampf gegen die CDU hätte führen lassen. Die Parteiführung bis hin aus zum Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Peter Conrad setzten leider ihre ganze Autorität ein für Olympia. Und so erhielten wir auf der entsprechenden SPD-Kreis-Konferenz keine Mehrheit für unseren Antrag. Wir unterlagen mit 57 zu 75 Stimmen. Die Reps konnten dann die Olympiafrage demagogisch für ihre Zwecke ausnutzen.

Die Stuttgarter Jungsozialisten haben außerdem gezeigt, wie man erfolgreich Wahlkampf macht. Für unsere zentrale Wahlveranstaltung unter dem Motto „Power gegen rechts“ konnten wir 350 Leute mobilisieren. Das war die größte Wahlveranstaltung in Stuttgart überhaupt. Selbst bei der zentralen SPD-Veranstaltung mit H.J. Vogel waren weniger anwesend.

Warnung an die SPD

Das Wahlergebnis ist eine ernste Warnung an die SPD. Entweder sie ändert ihre Politik grundlegend oder die Reps sitzen nächstes Jahr mit Fraktionsstärke im Bundestag. Nach

ihren Wahlerfolgen bei Landtagswahlen in den 60er Jahren flog die NPD bei den Wahlen nach '68 wieder aus allen Landtagen und kam 1969 nicht in den Bundestag. Die Wahlbeteiligung 1972 stieg auf Rekordmarken, und die SPD erreichte Spitzenergebnisse. Der Grund dafür war die Linkswende in der SPD, die zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruchstimmung führte und der NPD das Wasser abgrub. Die SPD braucht eine neue Linkswende und die Jusos müssen dabei die Vorreiterrolle übernehmen.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin



Die CDU inclusive Lothar Späth bekamen von den Wählern die Quittung.

Greift nach den Sternen
EINE SOZIALISTISCHE KOMMUNALPOLITIK FÜR STUTTGART
Kein Ausverkauf der Umwelt!

Veranstaltung zur Kommunalwahl
Do, 7.9. 19.30 Uhr
Kein Ausverkauf der Umwelt!
KEINE FAHRZEUGVERKEHRUNG BEI 75% UND 50%
KEIN UNTERSCHREIBEN VON BÜROKRATEN
HALTET ICH FÜR SCHREIBSTIL

JungsozialistInnen in der SPD

Material der Stuttgarter Jungsozialisten zum Kommunalwahlkampf ...

Greift nach den Sternen
EINE SOZIALISTISCHE KOMMUNALPOLITIK FÜR STUTTGART
Kein Ausverkauf der Umwelt!

... insgesamt fünf vorbildhafte Faltblätter zu Wohnungsnot, Umwelt, Frauen Neonazis, Kommunalpolitik allgemein ...

JungsozialistInnen in der SPD

wortlich ist für die Politik der Umverteilung von unten nach oben. Leider hat sich die Unzufriedenheit mit der CDU nicht in einem entsprechenden Stimmenzuwachs für die SPD niedergeschlagen, sondern für die Reps. Die insgesamt leichten Verluste für die SPD dürfen deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie inzwischen an einem historischen Tief-

Öffnung der Grenze BRD-DDR

Wir haben uns das erkämpft

Stimmungsbericht aus Ost-Berlin

Erschöpfte Gesichter, weinende Kinder, das alles eingerahmt von Plastiktüten - das ist der erste Eindruck, den man in den Tagen nach dem Überwinden der Mauer in Ost-Berlin feststellt. Es könnte so scheinen, als seien die Menschen, überwältigt vom Konsumangebot des Westens, nun zu erschöpft, weiter um Verbesserungen in ihrem Land zu kämpfen.

Doch da täuscht man sich gründlich. Die Reisefreiheit, vom Volk erzwungen, hat nicht das erreicht, was sich manche davon erhofften: Die Bevölkerung ist nicht zufrieden, und die meisten sind auch nicht zu glühenden Verehrern der „freien“ Marktwirtschaft geworden. Auch ist sie nicht dankbar, weil etwa Krenz und andere Bürokraten ihnen diese Ausflüge ins Reich des Überflusses erlauben. Zu deutlich ist allen: Wir haben uns dies erkämpft. Am Morgen, nachdem die Massen die Grenzbeamten überrannt hatten, jubelte eine Gruppe von DDR-Kindern im Grundschulalter auf der West-Seite der Mauer: Das haben wir geschafft!

Viele Fragen tauchen jetzt auf. Was passiert, wenn die 100 DM „Begrüßungsgeld“ fürs Jahr ausgegeben sind? Wieviel Devisen hat das Land eigentlich wirklich zur Verfügung, und wofür werden sie ausgegeben? Wieviel davon wird für die Befriedigung der extravaganten Bedürfnisse der privilegierten Schicht ausgegeben? Wieviel davon wird durch Fehlplanung vergeudet? Genaue Abrechnung und Rechenschaft wird gefordert, Überlegungen werden angestellt, wie man effektiv diese Dinge kontrollieren kann.

Weiter: Wieso ist es eigentlich in der BRD möglich, all diese Dinge in die-

sem Ausmaß herzustellen, und bei uns nicht? Überall in den Betrieben laufen heiße Diskussionen über Fehlplanungen, Schwierigkeiten bei der Zulieferung, mangelnde oder falsche Investitionsentscheidungen.

Arbeiter einer Dresdener Produktionsstätte, die Kühlschränkmotoren herstellt, veröffentlichten einen Brief, in dem sie ihre Arbeitsbedingungen darstellten: Schichtarbeit, Wochenendarbeit, das alles an veralteten Maschinen. Zwar war eine neue, komplette Fertigungsstraße aus Italien für Millionen von Devisen angeschafft worden, doch weil die Spezialisten, die die Maschine aufstellen sollten, nicht kamen, wurde sie kurzerhand auf dem Hof abgestellt. Dort rostete sie ein halbes Jahr vor sich hin - nun ist sie unbrauchbar.

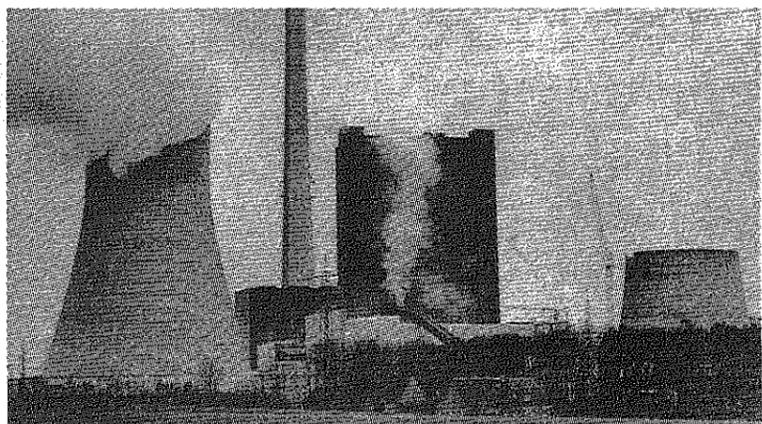
Neben ihr auf dem Hof vergammeln auch die täglich 1000 Kühlschränkmotoren, die über den Bedarf von täglich 2000 hinaus produziert werden. Aber die Leitung kann stolz nach oben melden: Plan übererfüllt.

Beispiele dieser Art sind keine Einzelfälle. Neu sind sie zwar auch nicht, aber neu ist, daß die Beschäftigten sich dagegen wehren. In den allermeisten Fällen geschieht dies nicht durch Streiks, denn man will die DDR-Wirtschaft nicht zusätzlich belasten. Aber zunehmend werden von den Belegschaften als unnötig oder sinnlos betrachtete Maßnahmen nicht durchgeführt, Überstunden verweigert, so z.B. in einem Mitropa-Restaurant oder auch in der Telefonzentrale der Regierung in Berlin. In immer mehr Betrieben werden die verantwortlichen Leiter zur Rechenschaft gezogen. Die Rücktrittswelle, die seit den letzten Wochen in den Reihen der SED stattfindet, wird auch vor den Betrieben nicht halt machen. Und wenn die Verantwortlichen nicht von selbst den Hut nehmen, so können sie sich darauf einstellen, von den Arbeitern dazu gezwungen zu werden.

Klimakatastrophe! Was tun?

Das Ozonloch ist mittlerweile fast jedem Menschen ein Begriff. Und wir sind der Meinung, daß die FCKWs, die das Ozonloch verursachen, sofort verboten werden müssen, und zwar vollständig und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Umweltschutzverbände, weil die Industrie Umweltschutzmaßnahmen verzögert. Doch wir dürfen den mit dem Ozonloch zusammenhängenden Treibhauseffekt nicht vergessen.

Durch die massive Verbrennung fossiler Brennstoffe ist in den letzten 100 Jahren der CO₂-Gehalt (Kohlendioxid) der Atmosphäre um 24% gestiegen. Da das CO₂ zwar das Sonnenlicht zur Erde durchläßt, aber die Wärmeabstrahlung zurückhält, hat das zu einem weltweiten Temperaturanstieg von 0,5°C geführt. Werden die CO₂-Emissionen so fortgesetzt wie bisher, wird die Temperatur bald noch viel schneller ansteigen. Dabei führen auch schon kleine, scheinbar unbedeutende Temperatursteigerungen zu gewaltigen Veränderungen und Katastrophen auf der Erde. Z.B. wird ein Teil des Eises am Nordpol schmelzen, was in den Küstengebieten Nordeuropas einschließlich Norddeutschlands zu dramatischen Überschwemmungen führen kann.



Kohlekraftwerke müssen entschwefelt und entstickt werden.

Was tun? Die Atomlobby versucht manchmal, die Atomenergie als Alternative darzustellen, da durch AKWs ja kein CO₂ entsteht. Doch angesichts der unlösbaren Sicherheitsprobleme käme das der Austreibung des Teufels mit dem Beelzebub gleich. Im Gegenteil, wir wollen ja aus der Atomenergie aussteigen. Damit diese Maßnahme nicht mit einem Anstieg der CO₂-Emission verbunden ist, muß sie mit einem wirksamen Energiesparprogramm gekoppelt sein (Kraft-Wärme-

Kopplung, Wärmedämmung an Häusern, sparsamere Elektrogeräte), das aber nicht zulasten der Haushalte, sondern der Unternehmer gehen muß.

Kohle

Langfristig gesehen ist die solare Wasserstofftechnologie die Lösung, denn bei der Verbrennung von Wasserstoff entsteht nur Wasser. Mittelfristig sind wir allerdings noch auf fossile Energieträger für die Erzeugung von Strom und Wärme angewiesen. Besondere Bedeutung besitzt hier die Steinkohle. Selbstverständlich müssen die Kohlekraftwerke entschwefelt und entstickt werden.

Der heutige Braunkohle-Tagebau ist dagegen einzustellen, da das damit verbundene Abpumpen von Grundwasser in großem Stil die ganze weite-

den Rhein. Wenn die Kohle dann längerfristig durch Energiesparmaßnahmen und dem solaren Wasserstoff als Energieträger verdrängt wird, kann sie als Syntheserohstoff für die chemische Industrie dienen, denn eigentlich sind fossile Energieträger zu schade zum Verbrennen.

Viel zu tun

Die Verbrennung fossiler Energieträger ist nicht die einzige Ursache für den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre. Auch die Zerstörung des tropischen Regenwaldes trägt wesentlich dazu bei. Ferner gibt es auch noch andere Gase, die, obwohl nur in Spuren vorhanden, für die Hälfte des Treibhauseffektes verantwortlich sind, so z.B. das Methan, das heutzutage verstärkt frei wird durch die Erdgasförderung, durch vermehrten Reisanaubau und erhöhte Rinderzucht.

Wie man sieht ist viel zu tun, damit die drohende Klimakatastrophe verhindert wird. Doch die Industrie blockiert alle Maßnahmen, da sie um ihren Profit fürchtet. Daher kann die Katastrophe nur abgewendet werden, wenn das kapitalistische System abgeschafft und eine demokratische Planwirtschaft eingeführt wird. Hier noch einmal ein Überblick über die nötigen Maßnahmen:

- sofortiges und ausnahmsloses Verbot von FCKW;
- sofortige Beendigung der Zerstörung des tropischen Regenwaldes; Entmachtung und Enteignung der an der Zerstörung des Regenwaldes beteiligten Konzerne;
- sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie mit einem wirksamen Energiesparprogramm, damit die CO₂-Emissionen gesenkt werden, was nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen darf; mit den Riesenprofiten wären alle notwendigen Maßnahmen finanzierbar;
- Förderung alternativer Energiequellen wie Wasserkraft, Windenergie, Biogas und vor allem Solarenergie als umweltfreundliche Energieversorgung für die Zukunft;
- nach Erreichen der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern Verwendung der Steinkohle als Syntheserohstoff für die chemische Industrie.

Matthias Scheibe, Stuttgart
Jungsozialist

Ungarische Revolution 1956 Arbeiter kämpften

Die ungarische politische Revolution vom 6. Oktober bis Mitte November 1956 enthält zu allen wesentlichen Fragen einer Revolution wichtige Lehren. Sie war vor den heutigen Ereignissen in der DDR der bedeutendste Kampf von Arbeitern gegen die Bürokratie in einem Ostblockstaat.

Die ungarische Arbeiterklasse befreite sich mit der Hilfe der Roten Armee 1945/46 vom Faschismus und der Unterdrückung durch das alte Horthy-Regime. Die anschließende Entwicklung ähnelte der anderer osteuropäischer Länder: Moskaus Bürokratie nahm in der notwendigen sozialen Umwälzung die Zügel fest in die Hand und unterdrückte die unabhängigen Strömungen der Arbeiterbewegung. Klassenkämpferische Arbeiter und Aktivisten der Kommunisten und der Sozialdemokratie wurden am brutalsten unterdrückt, wenn sie nicht spurten.

Auf der Grundlage der errichteten Planwirtschaft waren soziale Errungenschaften möglich. Offensichtlich war jedoch die Unfähigkeit der Bürokratie, die Überlegenheit der Planwirtschaft in allgemeinen Wohlstand umzuwandeln. Ein enormer Anteil der Wirtschaft floß in die Privilegien der Bürokratie, vor allem auch in die Unterhaltung des Geheimdienstes.

Viele Arbeiter und Bauern erlebten das von Moskau installierte stalinistische Rákosi-Regime als mindestens genauso brutal, auf jeden Fall aber sogar als noch zynischer als das Horthy-Regime. Früher beliebte Führer der Arbeiterbewegung wie der Kommunist Laszlo Rayk wurden als „Titoisten“ und „Konterrevolutionäre“ ermordet, gefoltert oder ins Gefängnis gesteckt.

Die Arbeiterklasse betrachtete das Regime nicht als Ergebnis ihres Kampfes, sondern als Instrument der auswärtigen Macht der Sowjetunion, die mit ihren Truppen in Ungarn präsent war. Sie beurteilte daher während der Revolution 1956 die Regierung stets nach ihrer Haltung gegenüber Moskau und deren Truppen.

Nach Stalins Tod

Im März 1953 starb Stalin. Viele Arbeiter im Ostblock schöpften jetzt Hoffnung und es kam zu Kämpfen. In der DDR versuchten Arbeiter das stalinistische Regime abzuschütteln und wurden blutig unterdrückt. Die osteuropäischen Bürokratien zogen Lehren aus der DDR-Bewegung. Sie sagten sich: Um eine Explosion von unten zu verhindern, müssen wir Reformen von oben durchführen.

Dies war auch Moskaus offizielle Linie für Ungarn. Von Moskau aus wurde Rákosi ab- und Imre Nagy, der bekannte Vertreter des „Reformflügels“ der Bürokratie, eingesetzt. Doch der Staats- und Parteiapparat mit seinen

riesigen Privilegien akzeptierte trotz Moskaus Anweisungen nicht den „liberalen Kurs“. Anfang 1955 wurde Nagy von den Hardlinern abgesetzt und dann sogar aus der Partei ausgeschlossen. Doch wieder brachten Entwicklungen in der Sowjetunion neue Impulse für Veränderungen in Ungarn.

Der 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 verurteilte Stalins Verbrechen. Viele Arbeiter sagten sich: Jetzt können wir die Chance nutzen und die Verhältnisse ändern. In ganz Osteuropa gab es eine Aufbruchstimmung. Die Bewegungen der verschiedenen Länder inspirierten sich gegenseitig. Vor allem die erfolgreichen Kämpfe der polnischen Arbeiter waren für die Ungarn ein leuchtendes Vorbild, dort war es gelungen, herrschende Bürokraten zu stürzen.

Die Bewegung und das Engagement der Intellektuellen, der Studenten und Schüler sind oft nur Vorläufer von Kämpfen der Arbeiterklasse. Anfang 1956 bildete sich der „Petöfi-Kreis“, in dem sich v.a. viele Studenten und Intellektuelle der „Partei“ zusammenschlossen und für Reformen eintraten. Er organisierte Meetings, die von immer mehr Menschen besucht wurden.

Massendemonstrationen

Am 6. Oktober 1956 hatte die Oppositionsbewegung bei der ordentlichen Beerdigung Laszlo Rayks ihren ersten Höhepunkt. 200.000 Menschen wohnen diesem Ereignis bei. Die Bürokratie, die die Beerdigung als symbolisches Zugeständnis inszeniert hatte, war absolut überrascht und schockiert. Diese Demonstration markiert den Beginn der Revolution, weil die Arbeiterklasse und die Jugend an diesem Tag die Angst ablegte und sich ihrer eigenen Stärke bewußt wurde.

Der aktive Kampf gegen die bürokratische Herrschaft begann am 23. Oktober mit einer von Studenten organisierten Demonstration zugunsten Polens und Gomulkas Reformen. Die Demonstration schlug sofort in ganz Budapest Wellen – nach und nach beteiligte sich ein Großteil der Bevölkerung der Stadt an Massendemonstrationen. Sie fanden einen ersten Höhepunkt in der Demolierung des verhaßten Stalin-Standbildes.

Am Abend kam es zu einem Massenaufmarsch am Rundfunkgebäude. Die Demonstranten wollten ihre Forderungen über Radio verlesen. Doch sie schafften es nicht, durch Überredung der Beam-

ten ihr Vorhaben umzusetzen. Im Gegenteil, der Sender brachte gegen 20 Uhr eine Rede des Altstalinisten Gerö, die von „feindlichen Elementen“, „nationalistischer Subversion“ und „faschistischer Konterrevolution“ sprach. Dies war der Anlaß zum Angriff der Massen auf die staatlichen Organe. Ein Kampf entbrannte um das Rundfunkgebäude, der blutig verlief, weil der Geheimdienst AVO in die Menge schoß.

Bewaffneter Aufstand

Sofort sahen die kämpfenden Arbeiter und Jugendlichen die Notwendigkeit der eigenen Bewaffnung, über Nacht bewaffnete sich ein Großteil von ihnen. Die Arbeiter aus den Munitionsfabriken teilten Waffen aus, viele Soldaten liefen zu den Arbeitern über und brachten ihre Gewehre mit, Polizisten übergaben den Arbeitern ihre Waffen und gingen einfach nach Hause. Ein halber Tag war vergangen und eine von Studenten durchgeführte Demonstration hatte eine Entwicklung entfacht, die zum bewaffneten Kampf der Arbeiter führte.

Nagy war am 13. Oktober wieder in die Partei aufgenommen worden. Er war stets der Meinung, daß seine „liberalen“ Ideen das System am besten stabilisieren könnten. Noch in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober '56 fand eine ZK-Sitzung statt. Die Bürokratie war in Panik. Das ZK übergab Nagy das Amt des Premierministers. Aber mit dessen Einwilligung führte es auch das Kriegs- und Standrecht ein! Nagys Standpunkt war: Zuerst Ordnung, dann Reformen. Das Volk sagte: Zuerst Reformen, dann Ordnung.

Diese Erlasse wurden am frühen Morgen des 24.10. durch den Rundfunk bekanntgegeben. Die Arbeiter dachten über Nagy: Kaum ist er an der Spitze, übernimmt er dieselben Methoden wie seine Vorgänger. Der Erlaß besagte weiter: „Auf das Ersuchen der Regierung werden Sowjettruppen bei der Wiederherstellung der Ordnung behilflich sein.“ Die eigene Regierung rief die Sowjettruppen gegen das Volk zu Hilfe. Außerdem blieben die verhaßten Altstalinisten Hegedüs und Gerö weiter im Amt. Mit der Benennung Nagys zum Premier konnte die Bürokratie die Bewegung nicht mehr stoppen. Der Schriftsteller Tibor Meray schrieb: „In einer Revolution mit dem Verlauf der Ereignisse nicht Schritt zu halten ist mindestens so gefährlich – wenn nicht gar gefährlicher – als die Verteilung von Waffen. Noch vor zwölf Stunden hätte Nagys Ernennung das ganze Land mit Freude erfüllt, selbst wenn Hegedüs und Gerö an der Spitze des Parteiapparats verblieben wären. Jetzt genügte die Mitteilung keinem mehr. Inzwischen war viel Wasser die Donau hinunter und viel Blut über das Pflaster von Pest geflossen.“ Die Regierung war nur ein Kompromiß zwischen den Flügeln der Bürokratie, und das war den Arbeitern entschieden zu wenig.

Bildung von Räten

Schon am 24.10. gab es Kämpfe zwischen Sowjetarmee und AVO auf der einen und Arbeitern und Jugendlichen auf der anderen Seite. Für Budapest wurde der Generalstreik ausgerufen und über Tage hinaus restlos befolgt. Es entstanden Fabrikräte, Soldatenräte und Studentenräte. Selbst Beschäftigte von Ministerien schlossen sich in Räten zusammen. Innerhalb weniger Stunden schaffte sich die Arbeiterklasse eigene Organisationen, die in Konkurrenz zu den immer schwächer werdenden Staatsorganen der Bürokratie traten.

Die alte Macht wurde durch die Wucht der Bewegung auseinander gesprengt. Innerhalb von Stunden lief der Spitze der Bürokratie die Basis davon. Vor dem 23.10. hatte die „Partei“ 800.000 Mitglieder bei einer 10 Millionen starken Bevölkerung. Fast alle von ihnen liefen zu den Arbeitern über und waren dann oft die erbittertesten Feinde der Bürokratie.

Der 24. und 25. Oktober waren geprägt von der Konfrontation der Massen mit den russischen Panzern. Viele von den russischen Soldaten weigerten sich zu schießen und schützten mit den Panzern die Arbeiter. In revolutionären

Situationen macht das Bewußtsein große Sprünge nach vorne, dies zeigt ein Ereignis, das der damalige Polizeipräsident von Budapest Sandor Kopaczi, ein Unterstützer Nagys, niederschrieb:

„Die Leute kamen vom Stadtwald her, sie trugen Fahnen und Spruchbänder und skandierten Parolen: ‚Nieder mit Gerö!‘, ‚Iwan, geh heim!‘ Männer, Frauen, Jugendliche – es waren bestimmt 10.000, wenn nicht mehr. Von unserem Standort aus konnten wir sehen, was die Menge nicht sah: Drei große sowjetische Panzer, Modell Josef Stalin, rollten aus der Gegenrichtung direkt auf die Menge zu ... Die Panzerschützen erblickten die Menge, die Menge sah die Panzerabteilung, aber es war schon zu spät, sie mußten zusammenprallen.“

Die Panzer hielten an und schalteten auf Leerlauf. Die Menge konnte nicht mehr abhalten, sie wälzte sich weiter und umgab die drei Panzer ...

Ein Junge, sicher ein Student, ... bahnte sich den Weg bis zum vordersten Panzer und schoß etwas durch die Schießscharte. Es war keine Granate. Es war ein ein harmloses Blatt Papier. Andere junge Leute taten es ihm nach. Meine Männer trugen später eine ganze Samm-

lung dieser Zettel zusammen. Es waren Flugblätter, von Studenten der Abteilung für orientalische Sprachen auf Russisch abgefaßt ... Der Text begann mit einem Marx-Zitat: ‚Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein.‘

Wir zählten die Minuten. Nichts geschah. Dann ging die Klappe am Turm des vordersten Panzers langsam auf, in der Öffnung erschien die Ledermütze, das Gesicht und schließlich das goldbesetzte Schulterstück des Panzerkommandeurs ...

Viele Hände streckten sich ihm entgegen. Jugendliche sprangen auf den Panzer. Ein junges Mädchen umarmte den Kommandeur. Da begriff auch die Menge, aus 10.000 Kehlen stieg ein Hoch. Jemand reichte dem Kommandeur eine ungarische Fahne. Eine Sekunde später war die Fahne auf dem Panzer befestigt. Die Ovation wurde frenetisch ...

Die Leute brüllten: ‚Es lebe die Sowjetarmee!‘ Es waren dieselben Menschen, die eine Viertelstunde vorher entschlossen skandiert hatten: ‚Iwan geh heim!‘

Innerhalb von Minuten verschwand der Haß und machte dem revolutionären Klassenappell Platz.

Moskau war in den ersten Tagen für



Ein bewaffneter Arbeiter während der Revolution.

Die Forderungen der Arbeiter

Lenins Bedingungen für einen gesunden Arbeiterstaat wurden – wenn auch nicht wortwörtlich – von den ungarischen Arbeitern instinktiv in die Praxis umgesetzt:

1. Alle Vertreter der Arbeiter sollen gewählt und jederzeit abwählbar sein.
2. Kein Funktionär soll mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.
3. Kein stehendes Heer, sondern ein bewaffnetes Volk.
4. Rotierende Besetzung von Ämtern: Wenn jeder ein Bürokrat ist, ist niemand ein Bürokrat.

Diesen vier Bedingungen Lenins haben die ungarischen Arbeiter eine fünfte hinzugefügt:

Für eine Pluralität politischer Parteien. Nie wieder ein totalitärer Einparteiensstaat.

Die Forderungen des neu gegründeten Nationalrats Freier Gewerkschaften vom 26. Oktober bildeten die Grundlage für die Forderungen

der Arbeiterorganisationen:

1. Bildung von Arbeiterräten in allen Fabriken, um Arbeiterselbstverwaltung sowie eine radikale Veränderung des Systems zentraler Planung der Leitung der Wirtschaft durch den Staat durchzusetzen.
2. Neufestlegung der Löhne: Sofortige 15%ige Anhebung der Monatslöhne unter 800 Forint, 10%ige Anhebung der Löhne unter 1500 Forint. Begrenzung der Monatslöhne auf maximal 3500 Forint.
3. Abschaffung der Produktionsnormen, außer in den Fabriken, in denen die Arbeiterräte das Festhalten an den Normen selbst beschließen.
4. Abschaffung der 4%igen Sondersteuer, die Unverheiratete und kinderlose Ehepaare zu zahlen haben.
5. Anhebung der niedrigsten Renten.
6. Anhebung des Kindergeldes.
7. Beschleunigtes staatliches Wohnungsbauprogramm.

Für ihre Herrschaft

Nagy und gegen die „Hardliner“. Suslow und Mikojan, die Vertreter Chruschtschows und der Sowjetbürokratie in Ungarn, waren schon am 23.10. wütend über Gerös aggressive Rundfunkansprache. Sie schalteten ihn aus, Gerös durfte nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten. Doch auch diese Maßnahme reichte den Massen nicht mehr. Nagy konnte sich innerhalb der Bürokratie nur deshalb voll durchsetzen, weil ihn Moskau unterstützte. Mit Kategorien wie „Hardliner“ und „Reformer“ muß man sehr vorsichtig sein. Moskaus Politik umfaßte beide Methoden: Es war für die militärische Niederschlagung der Bewegung und für eine Politik drastischer „Reformen“. In höchster Not, unter dem Druck der Straße, sagte Moskau am 26.10. Gerös und Hegedüs endgültig ab und brachte sie mit Panzern außer Landes.

Die Situation am 26.10. war: Der alte Staatsapparat war zwar hoffnungslos unterlegen und zum großen Teil sogar aufgelöst. Er bestand eigentlich nur noch aus der Regierung, verschiedenen Ministerien, wenigen bewaffneten Polizei- und Geheimdienstabteilungen samt einigen Gebäuden, die von russischen Soldaten beschützt wurden. Dieser Staatsapparat wurde aber nicht durch einen neuen ersetzt und blieb deshalb ein Faktor.

Zugeständnisse

Das ZK vom 26.10. begrüßte die Entstehung der Arbeiterräte und drückte die Hoffnung aus, daß mit deren Hilfe die Ordnung wieder herzustellen sei. Die Nagy-Regierung verfolgte also die Linie, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und damit deren Machteroberung zu verhindern. Ähnliches war der polnischen Bürokratie unter Gomulka gelungen. Die nächste ZK-Sitzung am 28.10. brachte weitere weitgehende Zugeständnisse: Die Unabhängigkeit und demokratische nationale Souveränität wurden proklamiert und zur einzig möglichen Grundlage für den Sozialismus erklärt. Nun sollte auch niemand mehr verfolgt werden, der bewaffnet war. Die AVO wurde aufgelöst. Eine neue „Volkspolizei“ unter Mitwirkung vieler Arbeiter sollte aufgebaut werden. Das ZK löste sich selbst auf und leitete seine Befugnisse an eine Sechsergruppe weiter, der Nagy, aber auch Kádár und Münnich angehörten. Letztere übernahmen später die Rolle der Henker der Revolution. Moskau stimmte allen diesen Maßnahmen zu.

Doch auch diese Zugeständnisse gingen den Arbeitern nicht weit genug. Denn in ihren Augen war der Knackpunkt die Anwesenheit der Sowjetarmee in Ungarn. „Die Arbeit wird nicht eher wieder aufgenommen, als die Sowjettruppen Ungarn verlassen haben.“ Dieser Aufruf des Arbeiterrates des Rundfunks ging weit über Nagys Ziele hinaus und wurde von den Arbeitern befolgt.

Die Arbeiterklasse wollte nicht zurück zum Kapitalismus. Dies sieht man daran, daß die Räte, Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen alle irgendwann grundsätzliche Erklärungen zur Verteidigung der „sozialen Erregenschaften“ und der Nationalisierung der Industrie machten. Auch die neugegründeten Parteien waren alle gezwungen, sich dieser Stimmung anzupassen. Auch die Sozialdemokraten, die anfangs das schwammigste Programm hatten, traten schließlich für den Erhalt der Planwirtschaft ein.

„... eine neue Welt“

Die Tage, in denen bewaffnete Arbeiter die Straßen kontrollierten und sich ihrer Rolle bewußt wurden, waren eine sichere Zeit für die ganze Stadt. Die Kriminalität sank gewaltig. Den Haß ließen die Arbeiter nicht an ihresgleichen, sondern an den Gangstern der AVO aus. Viele AVO-Agenten wurden gelyncht. Das Volk rächte sich, und auch Unschuldige fielen ihm unter falschem Verdacht zum Opfer. Die Bewegung war absolut spontan, ohne klare Führung, daher waren solche Ereignisse unvermeidlich.

Revolutionen zeigen die Energien, Phantasie und Kreativität, die in den

Arbeitern stecken. Sie bekommen sehr großes Interesse an allem Geschriebenen und Gedrucktem. Es entwickelt sich ein allgemeines Bedürfnis an politischen Diskussionen.

Tibor Meray schrieb: „Noch nie waren so viele Tageszeitungen in Budapest erschienen wie in dieser Zeit ... Einige dieser Blätter druckten täglich zwei Ausgaben; andere lebten nur 24 Stunden. Eine Zeitung zu gründen war nicht schwer: Ein paar bewaffnete Insurgenten erschienen in einer Druckerei und beschlagnahmten die Maschinen; Satz und Papier wurden nicht bezahlt, und die Journalisten schrieben gratis. Die Tendenzen waren unvorstellbar vielseitig, und es geschah oft genug, daß zwei Artikel in der gleichen Nummer sich in allen Punkten widersprachen.“

Die Häuserwände waren mit Plakaten aller Art bedeckt. Organisationen, Gruppen, Komitees und Ausschüsse erhoben ernsthafte oder phantastische Forderungen. Amateurdichter benutzten die Gelegenheit, um hier und da ihre handgeschriebenen Werke anzukleben. Nie zuvor hatten ihre Gedichte so viele Leser, wie naiv ihr Anliegen und wie unbeholfen ihre Reime auch sein mochten.

Die Welt, in der wir leben, ist aus dem Chaos erschaffen worden. In Budapest entstand eine neue Welt; war es dann verwunderlich, daß es aus dem Chaos geschah? Wenn man nur wußte, daß es diese Welt werden würde!

Ähnliche Darstellungen sind bekannt aus der Zeit der Russischen Revolution – und auch die Arbeiter und Jugendlichen in der DDR entdecken heute die Qualitäten, die in ihnen stecken.

Der liberale Flügel der Bürokratie unter Nagy, d.h. die Regierung, war der einzige Faktor im Land, der Struktur und Organisation in die Bewegung brachte. Er hatte dazu gar keine Alternative, und ab 30. Oktober propagierte die Regierung sogar offiziell den systematischen Aufbau von Räten und Milizen. In diesen Tagen schützten die Milizen auch die Partei- und Regierungsgebäude.

Am 1. November erkannten die meisten Arbeiterräte die Nagy-Regierung an und unterstützten deren Programm. Sie waren noch nicht national organisiert und es existierte keine landesweite politische Kraft, die für die Machtübernahme der Räte eintrat. Dabei ging die Organisierung auf unterer Ebene schon sehr weit.

„Volksfront“-regierung

Das alte Regime war völlig machtlos, ihm war der Boden entzogen, die ungarische Arbeiterklasse hatte auf der anderen Seite die politische Macht noch nicht erobert. Es gab auch schon Stim-



Der verhaftete Reformer Imre Nagy.

men, die eine Gegenregierung auf Grundlage der Räte forderten; hier tat sich vor allem der Arbeiterrat in Győr hervor, von dem auch die Initiative zur Bildung des Transdanubischen Nationalrats hervorging (der 1/3 der Fläche Ungarns abdeckte).

Imre Nagy und János Kádár, die Führer der Regierung, reagierten schon am 30.10. auf ihre Weise auf die „Gefahr“ einer von Arbeitern getragenen

Gegenregierung. Sie initiierten eine „Volksfront“-regierung. Das von ihnen propagierte Mehrparteiensystem war eine Koalitionsregierung unter Nagy. Die Führer anderer Parteien wurden in die Regierung geholt, nach einigem Zögern machte auch die sozialdemokratische Partei mit. Doch wie in Polen heu-

wurden v.a. nicht russisch sprechende Soldaten nach Ungarn beordert. Ihnen wurde z.B. gesagt, sie seien in Berlin und müßten einen faschistischen Aufstand niederschlagen!

Am 31.10 und 1.11. formierten sich neue Panzerdivisionen vor Budapest und umstellten die Flughäfen. Nagys

det.

Obwohl die Kádár-Regierung unter dem Schutz der russischen Panzer stand, bestand die Doppelherrschaft noch eine ganze Zeit fort. Sie war jetzt eigentlich sogar noch klarer sichtbar. Sofort nach der Intervention wurde ein zweiter Generalstreik ausgerufen, der



Revolution in Budapest: Ein von Arbeitern bewachter Trauerzug zieht über die Gellertbrücke.

te verblieben ausgerechnet das Innen- und das Verteidigungsministerium in der Hand der liberalen Vertreter der Bürokratie. Diese Ministerien repräsentierten nämlich den Kern des Staatsapparates, und auf diesen wollten sie nicht verzichten.

Die Nagy-Regierung stand unter enormem Druck der Arbeiter. Auch am 30. und 31. Oktober gingen die Streiks weiter. Denn die wichtigste Forderung der Arbeiter war nicht erfüllt worden: Der Abzug der Sowjettruppen.

Die Linie Moskau

Auch innerhalb der Sowjetbürokratie gab es zum Monatswechsel Diskussionen über die weitere Vorgehensweise. Sie kam zu dem Schluß, daß, wenn sie abziehen würde, die Massen die Bürokratie auch mit Nagy an der Spitze stürzen würden. Moskau kam zu dem Ergebnis, daß die Revolution niedergeschlagen werden müsse.

Die militärische Intervention wurde auf einer Politbürositzung in Moskau am 31.10.1956 beschlossen. Solche Interventionen wären für die Sowjetbürokratie heute wesentlich schwerer. Damals sahen – trotz Aufstand in Ungarn und Polen – die Moskauer Bürokratie und auch die Stalinisten anderer Länder sich eher in Jahren des Vormarsches gegenüber dem Imperialismus. Ihr Selbstbewußtsein war viel größer als heute. Im Gegensatz zu früher wird die Bürokratie von der Arbeiterklasse in der Sowjetunion selbst bedroht, und diese konnte sich mit den Arbeitern eines angegriffenen Landes solidarisieren.

Schon am 28.10. waren alle sowjetischen Panzer aus Budapest abgezogen worden, weil die Soldaten als nicht mehr zuverlässig galten. Moskau gruppierte die Streitkräfte um. Aus rückständigen Gebieten der Sowjetunion

Charakter als loyaler Bürokrat wurde in dieser Situation deutlich: Er verhängte eine Sperre für beunruhigende Nachrichten, was verheerende Konsequenzen für die Organisierung der Abwehr hatte.

Nagy glaubte Moskau bewiesen zu haben, daß der Reformkurs die Stabilisierung des Systems gebracht hätte. Die Erklärung der Neutralität Ungarns – mit Zustimmung Suslows und Mikojans – am 1.11. führte zu „erfolgreichen“ Verhandlungen der Regierung mit den Arbeiterräten und den Gewerkschaften. Am 2.11. wurde wieder gearbeitet, die Regierung von den Räten unterstützt. Daher hatten die „Reformer“ auch kein Verständnis für die Truppenbewegungen Moskaus. In einer Auseinandersetzung sagte Kádár zu dem Sowjetbotschafter Andropow: „Wenn die Sowjettruppen zurückkehren, werde ich auf die Straße laufen und sie mit bloßen Händen bekämpfen.“ Noch am selben Tag „verschwand“ Kádár plötzlich.

Angriff der Roten Armee

Am 4. November um 4 Uhr morgens griff die Rote Armee Budapest an. Der Kampf, der sich dann auf ganz Ungarn erstreckte, tobte bis Mitte Dezember. Das Ergebnis: 20–25.000 Tote, 200–250.000 Flüchtlinge. Der Widerstand der Arbeiter war so heldenhaft, daß in Budapest 6000 Panzer zehn Tage benötigten, um sie zu besiegen.

Der ersten Mann der von der Sowjetarmee eingesetzten Marionettenregierung: János Kádár; der zweite Mann: Ferenc Münnich, zwei „Reformer“ aus der Nagy-Regierung. Nagy selbst floh in die jugoslawische Botschaft. Er rief zwar zum Widerstand gegen die Panzer auf, lief aber nicht auf die Seite des Aufstandes über. Er wurde später mit anderen Regierungsmitgliedern ermor-

von der gesamten Arbeiterklasse mitgetragen wurde. Aber die Bürokratie hatte schon gesiegt. Doch noch über Monate hinaus forderten die Arbeiterräte: „Nagy zurück an die Macht, Kádár muß zurücktreten!“

Die Arbeiterräte bestanden weiter, gerade jetzt wurden Arbeiterbezirksräte und ein nationaler Gesamtarbeiterrat gegründet. Doch die Arbeiter hatten nicht mehr die Perspektive eines Sieges. Nach dem Sieg der russischen Panzer arbeitete die Zeit für die Kádár-Regierung und sie wartete einfach ab.

Am 8. Januar 1957 erst gab der Arbeiterrat von Csepel mit den Worten auf: „Unter den gegenwärtig vorherrschenden Umständen sind wir nicht mehr in der Lage, unsere Verpflichtungen zu erfüllen ... und deshalb geben wir unser Mandat in die Hände der Arbeiter zurück.“

Die ungarische Oktoberrevolution von 1956 war der erste großangelegte Versuch der Arbeiterklasse in einem stalinistischen Land, die bürokratische Herrschaft abzuschütteln und einen demokratischen Arbeiterstaat zu errichten. Die wichtigste Lehre ist: Die Arbeiter können sich auf niemanden – am wenigsten auf „Reformer“ innerhalb der Bürokratie, wie radikal deren Sprüche in ihrer Not auch sein mögen – verlassen, sondern nur auf ihre eigene Kraft. Notwendig ist der Aufbau von Arbeiterräten auf allen Ebenen, die die alten Staatsorgane, die Verwaltung, die Polizei, die Regierung überwinden und ablösen. Der Mut und die Kreativität, mit dem die ungarischen Arbeiter 1956 den Kampf bestritten, sind uns heute noch ein Vorbild.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

Literatur: Sándor Kopsácsi, „Die ungarische Tragödie“; Tibor Meray, „Dreizehn Tage, die den Kreml erschütterten“.

Beide Bücher gibt es zur Zeit leider nicht im Handel. Man muß in Bibliotheken nachfragen.

Osteuropa

Rückkehr zum Kapitalismus nicht auf der Tagesordnung

Viele Linke im Westen wie auch sozialistische Oppositionelle im Osten befürchten, daß in den Ländern Osteuropas eine Rückkehr zum Kapitalismus auf der Tagesordnung steht. In VORAN Nr. 114 (Oktober 1989) haben wir bereits untersucht, ob dies durch das Eingreifen des Imperialismus möglich wäre. Der nachfolgende Artikel beschäftigt sich mit den Möglichkeiten einer Restauration von innen heraus.

In der Vergangenheit hat die Bürokratie die verstaatlichte Industrie verteidigt, nicht weil sie sozialistisch war, sondern weil sie auf Grundlage der Verstaatlichung einen großen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts selbst konsumieren konnte.

Die Bürokraten waren zwar nicht die Privateigentümer der Produktionsmittel, aber ihre Kontrolle über den Staatsapparat garantierte ihnen ihr privilegiertes Dasein. Sie spielten und spielen damit eine völlig parasitäre Rolle und haben im historischen Sinn keine Existenzberechtigung.

Kapitalismus ist ohne Kapitalisten nicht denkbar. Die Kapitalistenklasse ist ein notwendiges Organ im Kapitalismus. Planwirtschaft kommt aber ohne Bürokratie sehr wohl – und sogar viel besser – aus. Die Bürokratie ist kein notwendiges Organ, sondern ein Krebsgeschwür am Körper der Planwirtschaft.

Trotzkis Analyse

In seiner Analyse der stalinistischen Entartung der russischen Revolution beschrieb Leo Trotzki 1936 die Gefahren, die bei fortdauernder Existenz der Bürokratie bestehen. Sie würde „sich auf einer weiteren Stufe unvermeidlich nach Stützen in den Eigentumsverhältnissen umsehen müssen. Man mag einwenden, es sei dem großen Bürokraten gleichgültig, welche Eigentumsformen vorherrschen, solange sie ihm nur das nötige Einkommen garantieren. Dieser Einwand übersieht nicht nur wie unsicher die Rechte des Bürokraten sind, sondern auch die Frage der Nachkommenschaft. Die Privilegien sind nur halb so viel wert, wenn man sie nicht den Kindern vermachen kann. Doch das Erbrecht ist vom Eigentumsrecht nicht zu trennen. Es genügt nicht, Direktor eines Trusts zu sein, man muß Teilhaber sein. Ein Sieg der Bürokratie auf diesem entscheidenden Gebiet würde bedeuten, daß sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt hat.“ (aus: Verräterne Revolution)

Genau nach solchen Stützen in den Eigentumsverhältnissen sehen sich bedeutende Teile der Bürokratie heute in Anbetracht der Krise ihrer Herrschaft um. Trotzki beschrieb auch, welche Maßnahmen eine bürgerliche Konterrevolution zunächst ergreifen würde: „Vor allen Dingen gälte es, die Vorbedingungen zur Absonderung von Großbauern aus den schwachen Kolchosen und zur Umwandlung der starken Kolchosen in Produktgenossenschaften bürgerlichen Typs, in landwirtschaftliche Aktiengesellschaften, zu schaffen.“

Auf dem Gebiet der Industrie würde die Entnationalisierung bei den Betrieben der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie beginnen. Das Planprinzip würde während einer Übergangszeit auf eine Reihe von Kompromissen hinauslaufen, die zwischen der Staatsmacht und den einzelnen „Genossenschaften“, d.h. den potentiellen Eigentümern (Sowjetindustriekapitänen, ehemaligen emigrierten Besitzern und ausländischen Kapitalisten), geschlossen würden.“

Kaum Kapitalanhäufung

Doch ihre bisherigen Bemühungen in dieser Richtung haben Grenzen. In Polen hat zum Beispiel die Gründung von Aktiengesellschaften bisher nur dazu geführt, daß ein Großteil der Aktien doch wieder in den Händen der Bürokratie landete. Die ungarische Börse wird von westlichen Finanzexperten als „Karikatur einer Börse“ gekennzeichnet. Denn als Käufer treten hauptsächlich Staatsbetriebe und Staatsbanken auf. Das Staatseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln setzt der privaten Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) Schranken. Von innen heraus könnten einzelne Bürokraten oder kleinere Privateigentümer nicht genug Kapital anhäufen, um ganze Großbetriebe zu erwerben.

Es gibt nur eine Möglichkeit, wie sich die herrschende bürokratische Kaste in eine kapitalistische Klasse verwandeln können: indem den „Sowjetindustriekapitänen“ die Betriebe einfach überlassen, geschenkt würden. Das ist theoretisch nicht ausgeschlossen, denn die Bürokratie hätte dazu keine Skrupel. Doch würde die Arbeiterklasse solchen Entwicklungen tatenlos zusehen? Wenn man sich den Widerstand der Arbeiter gegen marktwirtschaftliche Teilerperimente schon heute ansieht, muß man dies wohl mit einem klaren Nein beantworten.

Arbeiter gegen Marktwirtschaft

Manche Arbeiter mögen vielleicht Illusionen in die Marktwirtschaft haben, wenn ihnen von allen Seiten eingetrichtert wird, daß diese überlegen sei. Die Sache sieht ganz anders aus, wenn sie die „Segnungen“ der Marktwirtschaft dann am eigenen Leib spüren (in Form von Firmenschließungen, Inflation und Verarmung), wenn alle früheren sozialen Errungenschaften der Planwirtschaft (Arbeitsplatzsicherheit, billige Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten, ein relativ gu-

tes Bildungs- und Gesundheitswesen) abgebaut werden.

In der Sowjetunion wurde aus Furcht vor sozialen Explosionen, deren Vorgeschmack der Bergarbeiterstreik in Sibirien und der Ukraine war, die Preisreform vorläufig verschoben.

Vier Jahre Perestroika und privatwirtschaftliche Experimente haben die wirtschaftliche Lage nicht verbessert, sondern verschlechtert. Streiks und Arbeiterunruhen und der wachsende Haß auf die Privatkooperativen zeigen den Widerstand der Arbeiter gegen diese Politik an. Eine Frau brachte es gegenüber einem westlichen Kameradeam so auf den Punkt: „Dafür haben wir nicht die Oktoberrevolution gemacht, daß sich jetzt wieder Einzelne bereichern.“

Keine Rückkehr zur Marktwirtschaft

Dies zeigt auch, daß, obwohl die offizielle Ideologie des Marxismus-Leninismus eine Verfälschung der Ideen von Marx und Lenin ist, deren Ideen im Bewußtsein der Massen verhaftet sind. Die Arbeiter gehen davon aus, daß ihnen die Produktionsmittel gehören und daß sie es sind, die alle Werte in der Gesellschaft schaffen. Einen Ausverkauf ihrer Interessen, eine Rückkehr zu der Ausbeutung der Un-

ternehmer und zu einem Lebensstandard eines eher unterentwickelten kapitalistischen Landes werden sie nicht einfach hinnehmen.

Eine Rückkehr zum Kapitalismus kann nicht schleichend, sondern nur durch offene Konterrevolution, daß heißt durch Vernichtung jeglichen Widerstands der Arbeiter und durch Bür-

gerkrieg, möglich sein.

Daß dies der schwachen, vom Volk isolierten Bürokratie in Anbetracht einer quantitativ und qualitativ starken und gebildeten Arbeiterklasse gelingen könnte, ist für die nächste Zeit ausgeschlossen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Ein Bergarbeiter der sibirischen Stadt Workuta erklärt Arbeiterinnen, warum die Kumpels den Streik fortsetzen. Sie bekämpfen die Korruption, nicht die Planwirtschaft.

Demokratie in Ungarn?

Am 23. Oktober 1989 wurde in Ungarn die „Republik“ ausgerufen. Für das Frühjahr sind freie Wahlen angekündigt. Mehr als 30 Parteien und Organisationen haben sich gegründet. Die „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“ (USAP), die „Partei“ der Bürokratie, hat die „Arbeiter“ aus ihrem Parteinamen rausgeworfen. Das neue Parteiprogramm verkündet die „gemischte Wirtschaft“, mehr Markt statt Plan. Ist Ungarn auf dem Weg zu bürgerlicher Demokratie?

Ungarn hat die höchste Pro-Kopfverschuldung im Ostblock. Die Wirtschaft stagniert, die Preise steigen. Der Lebensstandard ist in diesem Jahrzehnt Jahr für Jahr gefallen. Hunderttausende leben unter dem Existenzminimum. Darunter sind 250.000 Rentner. 100.000 Menschen über 70 Jahre bekommen keine Sozialhilfe. Und das bei einer Bevölkerung von 10 Millionen.

Schuld daran ist nicht die Planwirtschaft, sondern die bürokratische Herrschaft darüber. Das sehen auch immer mehr Arbeiter in Ungarn, die mit der Bürokratie nichts verbindet. 100.000 Arbeiter sind im letzten Jahr aus der USAP ausgetreten. Dem Aufruf, sich in die neue Partei (USP) einzutragen, folgten noch weniger, im Budapest-Bezirk Csepel bislang nur 350 Mitglieder. Die Auflage der Parteizeitung fiel von 1,5 Mio. auf 400.000. Meinungsumfragen zu den Wahlen geben der USP nur 10-20 Prozent.

Die Bürokratie kann den Arbeitern nicht genug Brot geben, also gibt sie ihnen eine „Republik“. Es kommt aber auf den Inhalt an, nicht aufs Etikett. Das gilt auch für die Umbenennung der USAP. Während der Revolution 1956 vollzog die Bürokratie einen ähnlichen Etikettenschwindel und benannte die „Kommunistische Partei“ in USAP um. Also nichts Neues!

Parlamentswahlen

Wegen der Diskreditierung der USAP braucht die Bürokratie eine neue Stütze für ihr Sparprogramm, das der Verlängerung ihrer Herrschaft dienen soll. In Ungarn gibt es keine „Solidarnosc“, keine Organisation mit Rückhalt bei den Arbeitern. Darum die Zulassung von Parteien.

Friedrich Engels erklärte, daß der Staat letzten Endes auf „besondere Formationen bewaffneter Menschen“ zurückgeführt werden kann – Armee und Polizei. Bemerkenswerterweise soll die „Arbeitermiliz“, die bewaffnete Organisation der Partei, nicht völlig oder ersatzlos aufgelöst werden.

Die Bürokratie setzt auch alles dar-

an, ihren Vertreter Pozsgay noch vor den Parlamentswahlen zum Staatspräsidenten mit Befugnissen wie Gorbatschow und Jaruzelski küren zu lassen.

Wahlen werden an der Herrschaft der Bürokratie nichts direkt ändern, das zeigt Polen. Denn obwohl es dort eine reservierte Quote für die „Partei“ gab, kam die Solidarnosc-Führung in die Regierung. Die Bürokratie hat aber weiter die Macht.

Das Gründungspapier der USP propagiert die „soziale Marktwirtschaft“. Doch in Ungarn wurde die

Perestroika – auf ungarisch „Marktsozialismus“ – schon vor Gorbatschow eingeleitet, und schlug fehl. Die Privatisierung blieb auf einen kleinen Teil der Wirtschaft begrenzt. Ein McDonalds-Schnellimbiss in Budapest, eine Schlange vor einem Addidas-Geschäft, das ist noch kein Kapitalismus.

Wenn sich die Arbeiterklasse zu Wort meldet, wird sie nicht für Pozsgays „Demokratie“ eintreten, sondern für ihre eigene Demokratie. Sie wird ein Programm entwickeln, ähnlich dem der Arbeiterräte vom Oktober 1956: Erhalt der Planwirtschaft, aber Sturz der Bürokratie! Die Arbeiter werden die Privilegien abschaffen und ihr eigenes Parlament aufbauen, das sich aus gewählten Vertretern von Arbeiterräten zusammensetzen wird.

Aron Amm, Stuttgart, Jungsozialist

CSSR: Arbeiter gegen Bürokratie



Demonstration in Prag im November. Hunderttausende demonstrierten seitdem mehrmals auf dem Wenzelsplatz. Die Arbeiter der CSSR haben ihre Angst abgelegt. Dies, die Spaltung der herrschenden Bürokratie und die geplanten Streiks (bis zum Generalstreik) bedeuten den Beginn der politischen Revolution auch in der Tschechoslowakei. (22.11.89)

Internationale Notizen



Spanien

Die PSOE (Sozialistische Partei Spaniens) verfehlte die absolute Mehrheit bei den Wahlen am 29. Oktober nur knapp. Schon zum dritten Mal hintereinander verbuchte sie aber einen Wahlsieg; dieselben Arbeiter, die Gonzalez' prokapitalistische Wirtschaftspolitik mit einem Generalstreik bekämpften, wählten trotzdem die PSOE. Gonzalez hätte gerne zahlere Wähler.

Frankreich

Hunderttausende von Arbeitern waren in den Herbstmonaten in Frankreich v.a. für Lohn- und Preiserhöhungen im Streik. Einen Höhepunkt erreichte die Bewegung am 7. November. Sämtliche S-Bahnen in Paris und anderen Großstädten, zahlreiche Züge und der Fernverkehr standen still. Die Gewerkschaft CGT kämpft u.a. für einen Mindestlohn von umgerechnet 2000 DM für den öffentlichen Dienst.

Sowjetunion

Zum 72. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November in Moskau gab es nicht nur die offiziellen Revolutionsfeiern der Bürokratie. Zum ersten Mal seit den Aktionen der Linken Opposition unter Trotzki 1927 gab es Gegenmobilisierungen. 10.000 Menschen wandten sich gegen Privilegien und forderten freie Wahlen.

El Salvador

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Guerilla in El Salvador siegt. Die rechte proamerikanische Regierung, im Wesen eine Militärdiktatur, gesteht mit der Bombardierung ganzer Stadtteile der Hauptstadt San Salvador ihre Schwäche ein. Die Guerilla wird von einfachen Arbeitern und Jugendlichen teilweise aktiv unterstützt. Der Fall des Regimes würde zu Explosionen in ganz Mittelamerika führen. (Ausführlicheres in der nächsten Ausgabe von VORAN.) 19.11.89

Wahlen in Griechenland Arbeiter verhindern Wahlsieg der Rechten

Bei den Parlamentswahlen vom 5. November bekamen die Arbeiterparteien zusammen 51,6% (davon die PASOK unter Papandreou 41%). Nach einer jahrelangen arbeiterfeindlichen Politik der PASOK-Regierung zeigte sich, daß die Arbeiter an der Partei festhalten, weil sie sich (zurecht) vor einer bürgerlichen Regierung fürchten.

Vor acht Jahren hat die griechische Arbeiterbewegung mit einer beispiellosen Begeisterung die PASOK an die Regierung gebracht. Die PASOK verkörperte die Wut und den Haß der Massen auf den besonders heruntergekommenen griechischen Kapitalismus. Wäre es nach ihnen gegangen, so hätte die PASOK jenen Hammer darstellen sollen, der sie von der kapitalistischen Kette befreit. Mit ihrem linken Programm, das auch „Raus aus NATO und EG“ und die „Verstaatlichung der Schlüsselkonzerne“ forderte, errang die PASOK 1981 48% der Stimmen. Auch 1985 - obwohl die Arbeiter schon enttäuscht waren - konnte sie mit 45,8% wieder die absolute Mehrheit an Sitzen erobern.

Griechenland ist eines der Länder, das trotz Aufschwung in den westlichen Industrieländern wirtschaftlich stagniert. Mit 25 Mrd. US-Dollar betragen die Auslandsschulden 45% des Bruttoinlandproduktes. Während sich die Unternehmensgewinne zwischen 1987 und '89 drastisch erhöhten, sanken die Reallöhne um 15-20%.

PASOK-Politik

Am Anfang der Regierungszeit Papandreous gab es noch wirtschaftlichen Spielraum für Reformen (höhere Renten, gleitende Lohnskala u.a.). Doch das geringe Wirtschaftswach-

tum und die Sparpolitik der PASOK-Führung haben diese Reformen v.a. seit 1985 bereits wieder wettgemacht. Generalstreiks vom 14.11.1985 und 2.2.1987 sowie die phantastischen Kämpfe der Schüler und Lehrer haben dazu geführt, daß die PASOK-Spitze

ΧΕΚΙΝΙΜΑ
ΕΚΔΟΣΗ ΤΗΣ ΜΑΡΞΙΣΤΙΚΗΣ ΠΟΛΙΤΙΚΗΣ ΟΜΑΔΑΣ

ΦΡΑΞΕΤΕ ΤΟ ΔΡΟΜΟ ΣΤΗ ΔΕΞΙΑ ΨΗΦΙΣΤΕ ΠΑΣΟΚ

Παλέψτε για σοσιαλιστική πολιτική και κυβέρνηση ΠΑΣΟΚ-ΣΥΝ

Zeitung des marxistischen Flügels der PASOK. Bei einer Kundgebung mit 1 Mio. PASOK-Anhängern am 30.10.89 konnten 3200 Exemplare verkauft werden.

mit dieser Politik ins Zögern kam und oft von inneren Auseinandersetzungen geschüttelt wurde. In acht Regierungsjahren hat es 15 Kabinettsbildungen gegeben. Doch fast allen Kämpfen der Arbeiter gegen diese Politik mangelte es an einer klaren Führung, die eine Alternative hätte anbieten können.

Die PASOK-Führung ging zeitweise mit rücksichtsloser Härte (zum Teil mit Polizeieinsatz) gegen kämpfende Arbeiter vor. Ein Beispiel dafür ist ihr Umgang mit der GSEE, dem PASOK-nahestehenden Gewerkschaftsdachverband. Papandreou sagte die GSEE-Spitze nach dem Generalstreik vom Herbst 1985 mit bürokratischen Methoden einfach ab. Die Parteibasis durfte nicht diskutieren, keine Parteikonferenz wurde seit der Gründung der PASOK (1974) einberufen. Wie tief die PASOK-Spitze sogar selbst in den kapitalistischen Sumpf eintauchte, beweist uns der Koskotas-Skandal. 50 Mrd. Drachmen (ca. 6,25 Mrd. DM) soll er unterschlagen, Papandreou und Co. ihm dabei Schützenhilfe gegeben haben. Die Folge dieser Skandals, des rechten Kurses und der bürokratischen Manöver führte zur Demoralisierung innerhalb der Arbeiterklasse und der PASOK-Basis.

Linke Allianz

Die KP-Inland (Eurokommunisten) und 15 weitere Splitterparteien (Ex-PASOK-Funktionäre, Liberale u.a.) gründeten ein Bündnis, das sich wiederum mit der moskautreuen KKE zu der „Linken Allianz“ zusammenschloß. Viele Aktivisten der KKE glaubten zunächst mit der Allianz eine Alternative zur PASOK zu haben. Zu Unrecht, denn abgesehen von einigen Reformvorschlägen griff das Programm der Linken Allianz nicht die kapitalistische Ordnung an. Im Ge-

genteil, die Allianz spricht sich für den Verbleib in der NATO und der EG aus, um diese Bündnisse des Kapitals von innen her zu „demokratisieren“. Die KKE-Führung spaltete zudem die Arbeiter, indem sie die PASOK mit der bürgerlichen Partei ND (Neue Demokratie) gleichsetzte.

In diesem Jahr spürten die Unternehmer angesichts der in zwei Lager gespaltenen Arbeiterklasse zunächst Aufwind. Sie setzten alle ihre verfügbaren Mittel dafür ein, daß ihre Partei ND bei den ersten Wahlen im Juni gewinnt. Über sechs Monate war in der bürgerlichen Presse nichts als über die in Skandale verwickelten PASOK-Minister und über die Liebes„affäre“ Papandreous zu lesen gewesen. Der Druck auf die PASOK war enorm. Vor diesem Hintergrund war das Abschneiden der ND (44% Stimmenanteil im Juni, 46,2% im November) für sie kein Erfolg.



Arbeiterproteste gegen die Kürzungspolitik in Papandreous Regierungszeit.

Großbritannien Die „Eiserne Lady“ rostet durch

Vor einem Jahr ließ sich Maggi Thatcher vom Parteitag der Konservativen feiern. Minutenlange stehende Ovationen und Sprechchöre für zehn weitere Jahre Thatcherismus erklangen. Doch jetzt zeichnet sich ein wirtschaftlicher Einbruch ab.

Die Nettoinvestitionen in Neubauten, Fabriken und Maschinen im Zeitraum von 1981 bis 1988 lagen 63% unter denen von 1971 bis 1979. In den verstaatlichten Industrien wie Kohle und Stahl wurden Massenentlassungen durchgeführt; es gab 170.000 Betriebsschließungen im produzierenden Gewerbe. Rentable Staatsunternehmen wie Telekommunikation wurden privatisiert.

Doch es gab einen Boom im Dienstleistungsbereich. In den letzten Jahren wurde durch Einkommensteuererleichterungen der Konsum angekurbelt. Doch gerade letzteres erweist sich als trojanisches Pferd für die britische Wirtschaft. Zuerst sah es so aus, als ob durch die Erhöhung indirekter Steuern (z.B. Mehrwertsteuer) und Abbau staatlicher Dienstleistungen das Haushaltsdefizit bis zur Jahrtausendwende gänzlich abgebaut werden könnte. Der gestiegene Konsum kann aber von der einheimischen Industrie nicht befriedigt werden. Deshalb überstiegen die Einfuhren von Waren die Ausfuhren. Das Handelsbilanzdefizit Großbritanniens, gemessen an der Volkswirtschaft, könnte das größte der entwickelten kapitalistischen Länder werden.

Stagflation

Das Handelsbilanzdefizit zeigt die Schwäche der britischen Industrie. Darum gibt es kein Vertrauen der Spekulanten in die britische Währung. Der Wert des Pfund nimmt vor allem gegenüber der D-Mark und dem Yen (Japan) ab. Aber vor allem Waren aus BRD und Japan werden in Großbri-

tannien verkauft. So steigen die Preise.

Das Einkommen der Arbeiterklasse wird immer weniger wert. Die Arbeiter und die Unternehmer haben unterschiedliche Ansätze zur Lösung der drohenden Stagflation (stagnierende Produktion und steigende Preise: Die englische Zentralbank erhöht dauernd den Leitzins (jetziger Stand 15%). Dadurch steigen auch die Kredit- und Hypothekenzinsen. Viele Arbeiter stehen nun vor der Wahl, entweder ihre nächste Kreditrate abzutragen oder ihren Kindern die nötige Winterjacke zu kaufen.

Streiks

Die Arbeiter versuchen mit erstreikten Lohnerhöhungen die Verluste auszugleichen. Die Frage ist, wer die von Regierung und Finanzkapital verursachte Rechnung begleichen soll.

In der ersten Juliwoche gingen mehr Arbeitstage durch Streiks verloren, als im ganzen Jahr 1986. Das gestiegene Selbstvertrauen der Arbeiter drückt sich auch in der Tatsache aus, daß mit dem Beginn eines Streiks nicht auf die gewerkschaftliche Führung gewartet wird. Die Arbeiter sehen immer deutlicher, daß der Kapitalismus nichts taugt. Anders die Führer der Gewerkschaften und der Labour-Party! Sie glauben wohl als einzige an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die entschiedensten Kämpfer und die Initiatoren der Bewegung gegen die von der Regierung geplante Kopf-Steuer (Polltax, siehe VORAN Nr. 109) werden reihenweise aus der Partei ausgeschlossen. Ihr Verbrechen ist es, daß sie prinzipiell die Möglichkeit eines stabilen und humanen Kapitalismus leugnen! Doch immer mehr Arbeiter unterstützen sie in dieser Einschätzung und in ihrem Kampf gegen die Unternehmerrgesellschaft.

Frank Habermann, Kassel
Jungsozialist

USA Bergarbeiter im Streik

Von der Presse weitgehend totgeschwiegen findet in Dante in Virginia (USA) ein Streik der Bergarbeiter statt, der nun schon mehr als sieben Monate andauert.

Nachdem der Vertrag zwischen der Bergarbeitergewerkschaft UMWA (United Mine Workers of America) und dem Bergbauunternehmen Pittston ausgelaufen ist, will das Unternehmen pensionierten Bergarbeitern die Krankenversicherung streichen. Das hieß für 1500 Menschen in diesem Kohlerevier, daß sie die Kosten für Invalidität, Staublunge und all die anderen unter Bergleuten häufig auftretenden Berufskrankheiten selbst zu tragen hätten. Bergarbeiter riskieren ihre Gesundheit, wenn nicht ihr Leben in den Gruben.

Das Unternehmen kann übrigens steigende Aktienkurse, eine steigende Produktivität und satte Profite verbu-

chen. Neben der Streichung der Krankenversicherung will die Firma noch Arbeitsplätze auf Subunternehmer auslagern, Sonntagsarbeit anordnen und den Vertrag mit der Gewerkschaft beim Veräußern der Firma kündigen können. Gewerkschafter beschreiben das Anliegen der Firma, die inzwischen neue Arbeitskräfte angeheuert hat, wie folgt: „Pittston will die Gewerkschaft zerschlagen.“ Dies ist bereits in vielen anderen Bereichen geschehen. Nur noch 17% der US-Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert, in der Kohleproduktion nur noch ein Drittel.

Bisher sind die Bergleute wegen ihres hohen Organisationsgrades vom Sozialabbau weitgehend verschont geblieben. Die US-Bergarbeiter haben eine kämpferische Vergangenheit. Bei oft recht gewaltsamer Form der Kämpfe gelang es ihnen bis Ende der

40er Jahre, die Kinderarbeit abzuschaffen, den 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche durchzusetzen. Außerdem haben sie sich die höchsten Löhne in der gesamten Industrie erkämpft. Die Bergleute bei Pittston verdienen etwa 2400 Dollar im Monat.

Während des Streiks ist die Gegend zu einer bewaffneten Festung geworden. Die wenigen besseren Hotels in der Gegend sind oft zu 2/3 von der Staatspolizei belegt. Wer zu langsam vor Kohletransportern fährt, wird festgenommen, weil er den Transport behindert. Allein in den ersten drei Monaten wurden mehr als 2000 Personen verhaftet. Es wird in die Streiklinien geschossen, die Wohnungen von Gewerkschaftern werden durchsucht. Es finden Hupkonzerte und Nachtwachen vor Gerichtsgebäuden und Gefängnissen aus Solidarität mit den Inhaftierten statt. Die Gewerkschaft, die sich anfangs nicht an die gerichtliche Anordnung hielt, nicht mehr als eine Handvoll Streikposten aufzustellen, wurde verurteilt, für jeden Tag 100.000 Dollar zu zahlen.

Da die ganze Gegend vom Bergbau lebt, ist die Unterstützung für die Kumpel groß. Anfangs stieß die Staatsmacht auf einen fast völligen Boykott in der Bevölkerung. Busse, in denen festgenommene transportiert wurden, bekamen kein Benzin, bis sie endgültig liegenblieben. Abschleppunternehmen weigerten sich, Autos vor den Grubeneingängen zu entfernen. In den letzten Monaten hatte sich zeitweise der Streik ausgeweitet, Zehnen verschiedener Bundesstaaten beteiligten sich.

Trotz der ganzen Härte des Arbeitskampfes wollen die Bergleute ausharren.

Karin Hartmann, Köln
Jungsozialistin



Streikende Bergarbeiter in Virginia.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Arbeiterdemokratie für Nicaragua

Liebe Genossinnen und Genossen, auch weiterhin wird die Revolution in Nicaragua von zwei Fronten her bedroht. Auf der einen Seite besteht die Möglichkeit eines Einmarsches der USA, auf der anderen Seite stehen der „Contrakrieg“ und die Destabilisierungsversuche der Unternehmer. Aus Furcht vor der Auslösung einer Massenbewegung gegen das imperialistische Bestreben der USA in ganz Südamerika, die den Beginn einer Revolution im ganzen Kontinent darstellen könnte, haben die USA bisher von einer direkten Intervention abgesehen.

Ein weiterer Grund, der die USA von einem Einmarsch abhält, ist die enorme Kampfbereitschaft der Arbeiter und Jugend, die trotz der Zustände der Sandinisten an den US-Imperialismus weiter die Errungenschaften der Revolution verteidigen.

Die Bedrohung durch die USA ist jedoch nicht die einzige Gefahr für die nicaraguanische Revolution. Der Sandinistenführer Daniel Ortega hat angekündigt, den Guerillakampf gegen die Contras fortzusetzen. Der Sieg über die Contras darf jedoch nicht das einzige Ziel der Sandinisten bleiben. Die Wirtschaftskrise und die daraus

resultierende Kürzungspolitik, die hohe Arbeitslosigkeit (höher als während der Somoza-Diktatur) und die Inflation in Nicaragua bringt die Bourgeoisie dazu, die Unzufriedenheit und Frustration bei der Bevölkerung auszunutzen. Sie will diese spalten und so selbst in die Regierung gelangen, um einen bürgerlichen Staat zu errichten.

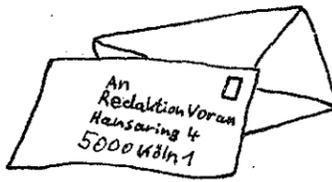
Um dies zu verhindern ist es not-

Wer kämpft, kann gewinnen

Liebe Genossinnen und Genossen, in VORAN Nr. 113 berichteten wir über die Angriffe auf den Personalratsvorsitzenden Manfred Engelhardt. Nachdem er in 14 Jahren aktiver Personalratsarbeit schon zahlreiche Abmahnungen und Kündigungen abzuwehren hatte, war Manfred Engelhardt nun zu 50 Tagen Gefängnis oder 3750 DM Strafe verurteilt worden. Grund: In der Personalratsmitteilung (für die er als Personalratsvorsitzender verantwortlich ist) war gerügt worden, daß ein Abteilungsleiter während der Dienstzeit „sturzbesoffen“ war.

Eine Vorstrafe hätte für ihn als Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die Kündigung bedeutet. Die Verwaltung wäre den für sie unüblichen Personalratsvorsitzenden und Gewerkschafter Engelhardt losgewesen.

Als Vorsitzender kämpft er mit dem Personalrat, gestützt auf eine breite Basis in der Belegschaft, seit 14 Jahren für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Studentenwerk Aachen.



wendig, die Ursachen der Wirtschaftskrise, nämlich die wirtschaftliche Sabotage der Unternehmer und des US-Imperialismus zu bekämpfen. Dies ist nur möglich durch die Verstaatlichung aller großen Betriebe und des Großgrundbesitzes, die demokratische Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter und die Einführung der Planwirtschaft, d.h. der Errichtung einer Arbeiterdemokratie.

Jörn Kroppach
Jungsozialist aus Bremerhaven

Es waren diese Kolleginnen und Kollegen, die Unterschriften sammelten und ein Solidaritätskomitee bildeten, um das Vorgehen der Justiz öffentlich zu machen und ihren Personalratsvorsitzenden zu unterstützen. Insgesamt 6000 Informationsflugblätter wurden vor verschiedenen Betrieben verteilt. Weitere Schritte waren geplant, z.B. ein Infostand in der Innenstadt. Doch die Öffentlichkeitsarbeit hatte bereits Wirkung gezeigt: Ende Oktober stellt das Amtsgericht Aachen das Verfahren gegen Manfred Engelhardt ein. Begründung: Bereits im März 1988 (!) sei in der Angelegenheit Verjährung eingetreten.

Das war sicherlich nicht der letzte Versuch, einen aktiven Gewerkschafter und Personalratsvorsitzenden aus seinem Amt zu entfernen. Solidarität und Wachsamkeit bleiben geboten. Aber dieses Beispiel zeigt: Wer kämpft, kann auch gewinnen.

Sozialistische Grüße
Georg Kümmel
Jungsozialist aus Aachen

Juso-Seminar

Liebe Genossinnen und Genossen, der Mangel an Aktiven in der Juso-AG Siegburg ist seit einiger Zeit kein Problem mehr. Unter den Jugendlichen entsteht ein immer größer werdendes linkes Potential. Da die Arbeit der Jusos die einzige mit sozialistischen Forderungen in Siegburg ist, entschließen sich viele, aktiv mitzuarbeiten. So wurde es jetzt notwendig, die neuen Mitglieder über die Arbeit in der SPD umfassend zu informieren.

Aus diesem Grund veranstaltete unsere AG am Wochenende des 28./29. Oktobers in Bonn ein Seminar.

Für uns stand vor allem im Vordergrund, neu gewonnenen Mitgliedern die Ziele und Perspektiven der Arbeit bei den Jungsozialisten aufzuzeigen. Zuerst sprachen wir über unsere Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft, in Arbeitsgruppen wurden dann Grundbegriffe der Wirtschaft erörtert. Im Anschluß daran wurde der Teilnehmer über die zentrale Verwaltungswirtschaft informiert. Vor allem nach dem Referat eines VORAN-Unterstützers stellte sich schnell heraus, daß sich unsere anzustrebende Gesellschaftsform nicht auf der Basis des Wirtschaftssystem der BRD realisieren läßt.

Die Vorstellungen des Referenten wurden in der Gruppe aufgegriffen und diskutiert. Die Erläuterung der Möglichkeit der Realisierung eines demokratischen Sozialismus wurde von den Teilnehmern geteilt. Aus dem Seminar ergab sich eine Einladung zu einem Besuch bei Kölner VORAN-Unterstützern, der viele Jusos folgen werden.

Mit sozialistischen Grüßen
Martin Lungen,
Jungsozialist aus Siegburg

Jetzt bei der Redaktion bestellen:

Aussichten für die BRD

Kapitalistische Krise und die Arbeiterbewegung

Preis: 2,- DM
Eine VORAN-Broschüre

Aus dem Vorwort:
„Mit der vorliegenden Broschüre versuchen wir, die Perspektiven für die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der BRD in den nächsten Jahren aufzuzeigen. Die marxistische Methode der Ausarbeitung solcher Perspektiven hat nichts mit Spekulationen und Wahrsagerei zu tun. Es geht vielmehr darum, die Haupttendenzen der Entwicklung herauszuarbeiten und die Prozesse zu untersuchen, die ihnen zugrunde liegen.
In der Broschüre wird die krisen-

hafte und instabile Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft erklärt sowie die daraus folgenden Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse (Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte).

Die Arbeiter werden versuchen, die gewerkschaftlichen, sozialen und demokratischen Errungenschaften zu verteidigen, die sie sich in der Nachkriegszeit erkämpft haben. Sie werden sich zunehmend mit der Untergrabung der menschlichen Lebensgrundlagen durch Raubbau an der Natur konfrontiert sehen und sich dagegen zur Wehr setzen. Im Verlaufe dieser Kämpfe werden sie immer klarer den Klassencharakter des Kapitalismus erkennen und eine grundlegende Änderung der Verhältnisse anstreben. Die traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse, Gewerkschaften und SPD, werden im Verlaufe solcher Klassenkämpfe belebt werden. Insbesondere nach Niederlagen - bedingt durch eine falsche Politik der Führungen dieser Organisationen - werden immer mehr Arbeiter die Notwendigkeit sehen, ihre Organisationen zu verändern und wieder zu Kampfinstrumenten zu machen. Sie werden die klassenkämpferischen und marxistischen Traditionen ihrer Bewegung für sich wiederentdecken.“

betrogen und ausgenutzt, haben uns angelogen und bevormundet, auch die, die sich jetzt demokratisch geben.“ „Wir wollen endlich wissen, wo das alles hingeflossen ist, was wir geschaffen haben.“ „Was sind das für Kommunisten, die selbst im Westen zum Zahnarzt gehen (gemeint ist der „Schwarze-Kanal“-Sprecher Schnitzler), die größten West-Autos fahren, uns aber die elementarsten Sachen vorenthalten haben?“ Das sind typische Aussagen von DDR-Leuten. Von einem unteren Funktionär erfuhren wir, daß in seinem Betrieb ein Arbeiterrat gebildet wurde: „Die sitzen rum, reden die ganze Zeit und fordern mehr Urlaub!“ Diese höchst revolutionäre, demokratische und sozialistische Entwicklung kann er mit seinem Bürokratenbewußtsein natürlich gar nicht gut heißen.

Treffend aber auch die Aussage eines Mannes aus der DDR, der im Supermarkt für seinen Obstkauf 30 Westmark zahlen sollte: „Scheiß Kapitalismus!“

Pucki Wulf, Lübeck, Jungsozialist

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Mahmoud Masarwa, 41-jähriger Arbeiter und Vater von vier Kindern, israelischer Staatsbürger palästinensischer Herkunft, ist wegen seiner sozialistischen Gesinnung von einem israelischen Gericht zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Wie wir schon mehrfach in VORAN berichteten, war Mahmoud am 17. Juni 1988 am Vorabend einer geplanten Reise nach Europa verhaftet worden, wo er auf Einladung britischer Labour-Abgeordneter Kontakte zur europäischen Arbeiterbewegung knüpfen wollte.

Dank einer internationalen Solidaritätskampagne, deren Forderungen weltweit von zahlreichen Gewerkschaftern und Parlamentariern einschließlich dem Europa-Parlament



unterstützt wurden, sah sich die israelische Justiz schließlich gezwungen, die totale Nachrichtensperre aufzuheben und das Gerichtsverfahren überhaupt öffentlich zu machen.

Das Gerichtsverfahren hat deutlich gemacht, daß alle gegen Mahmoud zusammengestoppelten Anklagepunkte ohne Grundlage sind. In keinem einzigen Punkt konnte Mahmoud nachgewiesen werden, daß er Terrorist,

Brandstifter oder Spion ist. Das Urteil stützt sich nur auf ein „Geständnis“, das der israelische Geheimdienst mit Foltermethoden aus Mahmoud unmittelbar nach der Verhaftung herauspreßte.

Mahmoud ist deshalb für den israelischen Staatsapparat so „gefährlich“, weil er sich einen Ruf als Interessenvertreter jüdischer und arabischer Arbeiter erworben hat und die von ihm vertretenen Ideen der Arbeitereinheit auf sozialistischer Grundlage starken Rückhalt finden können.

Im Gegensatz zu der zehnjährigen Haftstrafe für Mahmoud wurde kürzlich ein jüdischer Siedler, der ein arabisches Mädchen tötete, zu sieben Monaten Haft verurteilt - zur Bewährung auf freien Fuß ausgesetzt!

Die internationale Solidaritätskampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“ ruft dazu auf, gerade jetzt die Solidaritäts-Aktivitäten zu verstärken. Obwohl nach rechtsstaatlichen Grundsätzen Mahmoud freizusprechen wäre, will der israelische Staatsapparat ein abschreckendes Exempel statuieren! Dies dürfen wir nicht zulassen.

Schreibt Protestbriefe an die israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2. Schickt hiervon Kopien an uns: Kampagne Freiheit für Mahmoud Masarwa, c/o Andreas Paqué, Lessingstraße 13, 5000 Köln 30, Telefon 0221/554184.

Noch vorrätig:

„Masarwa“ von „Intifada“ - die Schallplatte, die aus Solidarität mit Mahmoud aufgenommen wurde. Denn die Solidaritätskampagne braucht weiterhin Geld für Anwaltskosten und auch den Unterhalt von Mahmouds Familie. Die Schallplatte kostet 8 DM und ist über die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504, zu beziehen.

Kampffonds Geschichte wird gemacht - aber nicht zum Nulltarif!

„... Eine politische Revolution, wie sie im Buche steht; Ihr werdet stark erhöhte Kosten haben. Deshalb eine schnelle Spende, um mit Druckkosten etc. auszuhelfen ...“

Diese Worte erreichten uns zusammen mit einem Scheck über 1000 DM in einem Brief eines langjährigen Lesers und Unterstützers unserer Zeitung. Dem ist nichts weiter hinzuzufügen. Wir haben ja bereits in dem Aufruf auf der Titelseite auf die großen Herausforderungen hingewiesen, die sich für uns ergeben.

Alle Leser und Unterstützer sollten jetzt die praktischen Konsequenzen aus den weltbewegenden Ereignissen der letzten Wochen ziehen. In Diskussionen mit DDR-Bürgern wurde immer wieder bestätigt, daß unsere Ideen und unser Programm der Bewegung in der DDR den Weg zur erfolgreichen Weiterführung der „Oktober-Revolution 1989“ aufzeigen können - wenn wir genug Geld haben, um sie massenhaft zu verbreiten!

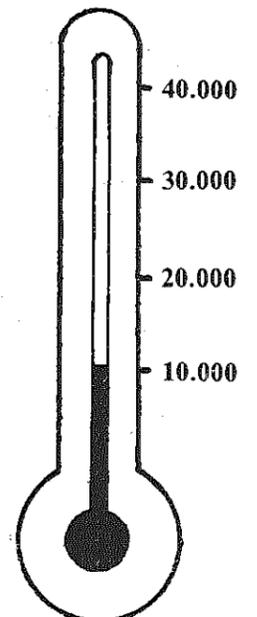
Von unserem Quartalsziel in Höhe von 40.000 DM haben wir schon jetzt 10.420,12 DM erreicht, unter anderem durch größere Spenden wie die oben genannte. Weitere 200 DM erreichten uns z.B. von Brigitte Sauer, Lehrerin aus Hamburg. 50 DM spendete Bettina Bleh, Schülerin aus Stuttgart.

In Köln wurden 379,95 DM auf einem Lesertreffen zur aktuellen Entwicklung in der DDR gesammelt. 57,16 DM haben VORAN-Unterstützer bei einem Info-Stand auf einem DKP-„Erneuerer“-Treffen in Frankfurt eingenommen.

Wenn wir jetzt große Spenden ver-

buchen können, geht dieses Geld direkt in die laufenden Ausgaben ein, vor allem für den Druck von Broschüren und Flugblättern zur politischen Revolution in der DDR und für höhere Auflagen der VORAN.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Verkauft

VORAN

„Jetzt nehmen wir die Gesellschaft selbst in die Hände“

Gleich nach der Öffnung der Grenze konzentrierte sich der DDR-Besucherstrom in zwei Städten: Berlin und Lübeck. Golf und Polo wurden durch Trabbi und Wartburg verdrängt.

Lübecker VORAN-Unterstützer nutzten die Gelegenheit, um mit DDR'lern ins (politische) Gespräch zu kommen und unsere Ideen gerade unter Beteiligten der politischen Revolution in der DDR zu verbreiten.

Für uns war es eine umwerfende Erfahrung. Niemals hätten wir gedacht, in absehbarer Zeit ein so großes Interesse an unserem Material vorzufinden. Die Flugblätter, Zeitungen und Broschüren wurden uns regelrecht aus der

Hand gerissen, unsere Materialvorräte reichten bei weitem nicht aus.

Es war ganz deutlich: Die übergroße Mehrheit der DDR'ler lehnt eine Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen und Marktwirtschaft ab. Es geht um den Sturz der herrschenden Bürokratie, die nicht nur auf die SED beschränkt ist, sondern auch die LDPD und die Ost-CDU betrifft, die die Steigbügelhalter für Honecker und Krenz dargestellt haben.

„Wir lassen jetzt nicht mehr locker, wir machen so lange weiter, bis wir selbst die Gesellschaft in der Hand haben!“ „40 Jahre lang haben sie uns

Gewerkschaftstag der IG-Metall 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Die IG-Metall ist mit über 2,6 Millionen Mitgliedern die stärkste Einzel- bzw. Industriegewerkschaft der westlichen Welt. Ihr Gewerkschaftstag Ende Oktober in Berlin war nicht nur deshalb ein Höhepunkt in der Serie von Gewerkschaftstagen in diesem Herbst. Anfang 1990 beginnt die heiße Phase im Kampf um die 35 Stunden-Woche, kräftige Lohnerhöhungen und die Verteidigung des arbeitsfreien Wochenendes. Vieles spricht dafür, daß der anstehende Kampf bundesweit wie auch international ein Echo finden wird.

Daß die vielen unteren, meist ehrenamtlichen Funktionäre mit gesteigertem Selbstbewußtsein auch gegenüber dem eigenen Vorstand in die 90er Jahre gehen, zeigten die zahlreichen Redebeiträge und auch kritischen Anmerkungen zur bisherigen Arbeit des Vorstandes. Schon in der Debatte des Rechenschaftsberichtes meldeten sich 60 Delegierte zu Wort. Hierbei prägten vor allem Redner aus den Stahl-Standorten und insbesondere Delegierte aus der Verwaltungsstelle Duisburg die Diskussion.

Rheinhausen

Die Kämpfe um das Krupp-Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen waren der Höhepunkt betrieblicher Kämpfe seit dem letzten Gewerkschaftstag. Die betroffenen Stahlarbeiter fühlten sich jedoch von der IG-Metall-Spitze in ihrem Kampf nicht vertreten. Der Duisburger Hermann Dirkes stellte fest, daß „zwischen den Menschen in den bedrohten, aber heftig umkämpften Stahlstandorten, besonders und letztlich in Rheinhausen, nicht das Verhältnis zur IG-Metall als solche, sondern zu bestimmten Repräsentanten streckenweise bis zum Zerreißen gespannt war“.

Theo Steegmann, Betriebsratsmitglied bei Krupp-Rheinhausen: „Wir Stahlbelegschaften sind ja noch geschlagen vom Stahlarbeiterstreik 1978/79, da gab es keine kritische Aufarbeitung dieses Streiks. Es gibt auch nach wie vor keine Rheinhausen-Dokumentation zu diesem Arbeitskampf. Warum, weiß ich nicht.“ Und ausgehend von der für die 90er Jahre



Franz Steinkühler mußte sich auf dem Gewerkschaftstag auch Kritik anhören.

Kongreß der Postgewerkschaft Streik bleibt Thema

Die Eröffnung des 16. Kongresses der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vom 5.-11.11.89 wurde von einer Demo gegen die Erhöhung der Leistungsnormen begleitet. Die Unzufriedenheit über die immer schlechter werdenden Arbeits- und Einkommensbedingungen unter den Kollegen spiegelt sich auf dem DPG-Kongreß wider.

Großen Unmut gab es unter den Mitgliedern über den 1988 abgeschlossenen Tarifvertrag, der bis 31.12.1990 gilt. Zukünftige Tarifverträge sollen eine Laufzeit von einem Jahr nicht überschreiten. Außerdem sind die Lohnerhöhungen von 1,4% für 1989 und 1,7% für 1990 ein Witz, wenn man sieht, daß das Wirtschaftswachstum so hoch ist wie seit 15 Jahren nicht mehr.

Die Anziehung der Leistungsschraube in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß der Bundespost (DBP) die Fachkräfte davonlaufen. So wurde seitens des CDU-Postministers der 39-Stunden-Woche ab dem 1. April 89 entgegengewirkt, indem er die Nebenzeiten gekürzt hat. D.h.: Dieselbe Arbeit muß in weniger Zeit erledigt werden. Deshalb will die DPG einen Tarifvertrag über Leistungsnormen abschließen.

Zusätzlich werden die Tarifverträge über Zulagen und Zuschläge zum 31.12.89 gekündigt. Die DPG-Spitze wurde von den Delegierten aufgefordert, sich u.a. für die Verdoppelung des Urlaubsgeldes (z.Zt. 450 DM) und der Nachzuschläge einzusetzen. Viele Delegierte forderten, daß sowohl für mehr Freizeit als auch für höheres Gehalt gekämpft werden muß.

Beamtenstreik

Die Verbesserungen der Einkommen und Arbeitsbedingungen sollen notfalls auch durch Streik in allen drei DBP-Unternehmen (Post, Postgiro, Fernmeldebereich) erkämpft werden. Das seit Jahren geforderte Streikrecht für Beamte wird wieder aktuell. Denn über 60% aller DBP-Beschäftigten

sind Beamte. Die DPG-Spitze darf sich nicht davor scheuen, die Beamten zum Streik aufzufordern. Schließlich spüren wir immer wieder, daß das herrschende Gesetz immer das Gesetz der Herrschenden ist. Wir sind über eine halbe Million Postler, die das Streikrecht für Beamte fordern. Eine schöne Demokratie ist das, in der uns eine Handvoll Multis und deren Vertreter in der Politik dieses Recht verweigern.

Emil Bock, politisch Verantwortlicher für die Kampagne gegen die Zerschlagung der Post, mußte bei seiner Wiederwahl zum stellvertretenden Vorsitzenden einen „Denkzettel“ hinnehmen (66%, 1986: 73%). Die DPG-Spitze hatte in dieser „Kampagne“ an das Gewissen der CSU-, FDP- oder CDU-Abgeordneten appelliert, sie sollten im Bundestag gegen die „Postreform“ stimmen. Doch nur Druck auf die Kohl-Regierung durch politischen Streik hätte die Zerschlagung verhindern können.

Gegen Kohl und Kapital

In den drei Aufsichtsräten der DBP sitzen Vertreter von Löwe-Opta, Trumpf, Quelle, Springer u.a. und kassieren Riesengehälter dafür, daß sie uns noch mehr ausbeuten (höhere Leistungsnormen usw.). Wir sind nicht mehr bereit hinzunehmen, daß die Unternehmer auf unsere Kosten immer höhere Gewinne einhamstern und wir zusehen können, wie wir die steigenden Mieten, Krankenkassenbeiträge usw. bezahlen können. Die Umverteilung von Seiten der Kohl-Regierung und des Kapitals von unten nach oben muß ein Ende haben.

Die beste Garantie, daß die DPG-Spitze sich konsequent für unsere Interessen (d.h. mehr Lohn, weniger Arbeitszeit, Neueinstellungen) einsetzt, ist, daß sie selber nicht mehr verdient als wir durchschnittlich bekommen. Es gibt viel zu tun.

Eliane Peters, Aachen
Jungsozialistin

zu erwartenden Krise in der Autoindustrie fragte er: „Wo wird die Stärke der Organisation sein, wenn es da zu Einbrüchen kommt?“

Ein weiterer Duisburger, Willi Segerath, berichtete, „daß hier oftmals der Eindruck entstand, daß zum Beispiel beim Arbeitskampf in Rheinhausen die IG-Metall die Führung am Ort nicht hatte.“

Mehrere Delegierte vor allem auch aus der Stahlindustrie sprachen über die Notwendigkeit, am Ziel der Vergesellschaftung der Großindustrie festzuhalten. Die Gewerkschaftsführung hatte 1985 auf einer Stahlkonferenz die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie bekräftigt, jedoch vor allem im Rheinhausener Arbeitskampf und während der 87er Tarifrunde für die Branche nichts unternommen, um diese Forderung zu erklären und durchzusetzen.

Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden wurde Franz Steinkühler mit großer Mehrheit (421 von 548 gültigen Stimmen) wiedergewählt. Doch daß die aktiven Funktionäre nicht bedingungslos alles schlucken, was vom Vorsitzenden kommt, zeigte die weitere Vorstandswahl. Der von eher kritischen und linken Delegierten für den geschäftsführenden Vorstand nominierte Horst Schmidthener aus dem IG-Metall-Bezirk Frankfurt konnte sich gegen einen Steinkühler-Kandidaten durchsetzen. Horst Schmidthener, der sich selbst als Querdenker („Ich bin nicht pflegeleicht.“) vorstellte und sich für mehr Rechte der unteren

Ebenen gegenüber dem Vorstand einsetzte, traf offensichtlich die Zustimmung vieler Delegierter.

1990 voll mobilisieren

In seinem Grundsatzreferat ging Franz Steinkühler auch auf die Vorgänge in der DDR ein: „Gesiegt hat nicht der Kapitalismus über den Sozialismus, sondern die Idee der Demokratie über die Diktatur. Überholt ist

nicht der demokratische Sozialismus, sondern der Stalinismus und der bürokratische Dogmatismus.“ An die Adresse der SPD gerichtet, forderte er: „Die SPD muß im Kern Interessensvertreterin von abhängig Beschäftigten bleiben ... Hierzu gehört auch die Unterlassung von Äußerungen, die den vollen Lohnausgleich oder das freie Wochenende in Frage stellen. Hinzu gehört vor allem die Unterstützung der IG-Metall im Kampf um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.“

Diesen unterstützenswerten Worten müssen jetzt auch Taten folgen. Der Vorstand muß im Gegensatz zu den letzten Jahren in der Tarifrunde 1990 die volle Kampfkraft der Mitglieder mobilisieren, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Ein Durchbruch der IG-Metall wäre ein Signal an die Arbeiterbewegung nicht nur in der BRD, sondern weltweit.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist

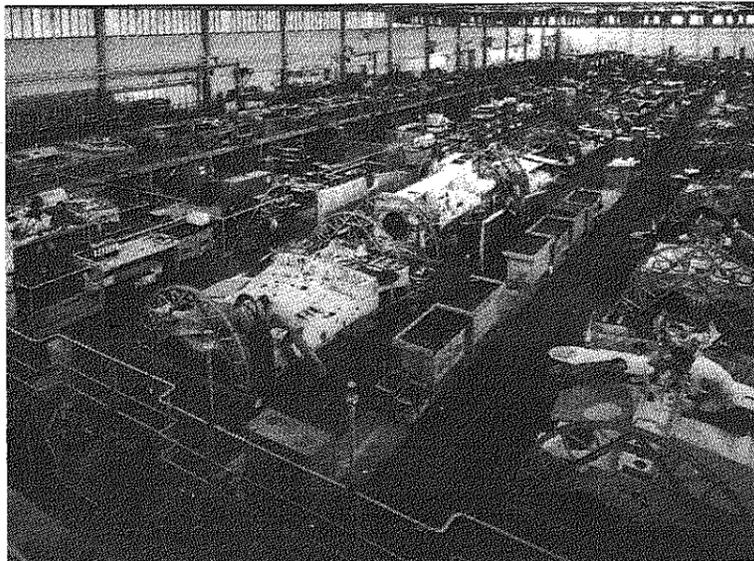


In der Metalltarifrunde 1990 müssen alle IGM-Mitglieder für den Kampf mobilisiert werden.

Metallindustrie Mehr Streß - mehr Profit

„Horror“ schrieten die Unternehmer, als sie die Forderungen der IG-Metall für die nächste Tarifrunde sahen. Doch den eigentlichen Horror erleben die Metallerrinnen und Metaller seit Jahren. Für die Beschäftigten in der Metallverarbeitung und anderswo steigt ständig die Belastung am Arbeitsplatz. Für die Unternehmer steigen die Gewinne.

In den letzten sechs Jahren haben sich die Gewinne der Unternehmer mehr als verdoppelt (Nettoerträge 1988 gegenüber 1982: plus 168%). Die Löhne und Gehälter dagegen stiegen nur um 25%. Arbeitszeitverkürzung und deutliche Einkommensverbesserungen sind also sehr weit davon entfernt, „Horror“forderungen zu sein. Denn die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde nicht mal ein Drittel der Gewinnsteigerung der letzten sechs Jahre kosten.



Der Streß in den Metallbetrieben ist gestiegen.

Wie ist dieses Geld denn erwirtschaftet worden? Die Antwort ist einfach: durch mehr Streß und Überstunden. In 77% aller Metallbetriebe ist das Arbeitstempo in den letzten Jahren gestiegen; in 41% der Betriebe wurde die Schichtarbeit verstärkt; und

im Angestelltenbereich stieg in 68% der Betriebe die „soziale Isolation“ (durch Arbeit am Computer) an. Die Ausbreitung der Elektronik in Werkstatt und Büro verlangt einen immer wachsenden Grad an Konzentration. Die kleinen Pausen, die für den Menschen so notwendig sind, braucht die Maschine nicht.

Überstunden

1,4 Mrd. Überstunden sind 1988 gearbeitet worden. Das ist die eigentliche „Horrormeldung“! Die Überstunden

die übrigbleiben, werden die letzten Reserven herausgepreßt. Wenn dann mehr Aufträge da sind, hat man keine Wahl außer Überstunden.

„Facharbeitermangel“ ist das Schlagwort der Unternehmerverbände heutzutage. Eine Kölner Maschinenbaufirma z.B. bringt es mit 1000 Beschäftigten auf 4000 Überstunden im Monat. D.h., wenn man die Ausfälle am Arbeitsplatz durch Krankheit, Urlaub etc. berücksichtigt, daß einige Kollegen 10 bis 20 Überstunden im Monat machen. Das Argument, daß es keine Facharbeiter gibt, ist eine Frechheit, denn die Unternehmer sind 100% schuld an diesem Zustand - sie sind nämlich die einzigen, die ausbilden könnten. Doch sie wollen nicht. In den letzten Jahren zogen sie eine kostendrückende Betriebspolitik ausreichten Ausbildungsmaßnahmen vor. Sie geben ihre Supergewinne lieber für Rationalisierung oder Überstundenprozente aus.

IGM-Forderungen

Solange Überstunden gefahren werden, ändert sich nichts an der Situation. Die Forderung der IG-Metall ist also berechtigt: Eine „Halbierung der Überstunden“ würde 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Metallindustrie schaffen.

Die drei Hauptforderungen der IGM, mehr Lohn, 35-Stunden-Woche und das arbeitsfreie Wochenende, sind berechtigt und erreichbar. Die drei Forderungen dürfen aber nicht voneinander getrennt werden. Nur wenn wir für sie zusammen eintreten, geben sie uns die notwendige Kampfkraft. Mehr Lohn kann von höheren Preisen aufgefressen werden, die 35-Stundenwoche und das freie Wochenende aber nicht.

Auch Kolleginnen und Kollegen: Nicht auf die Unternehmer hören und auf ihren „Köder“ von mehr Lohn und Gehalt hereinfallen, sondern an allen drei Forderungen festhalten! Bereiten wir uns auf den Kampf vor.

Stuart Garvie, Köln, SPD-Mitglied
und IGM-Betriebsrat

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 - Gebühr bezahlt Postamt Köln 1
Postvertriebsstück G 10321 E

SPD-Programmparteitag Arbeiterinteressen vertreten!

Auf dem SPD-Sonderparteitag im Dezember soll ein neues Grundsatzprogramm beschlossen werden. Der vorliegende Entwurf der Parteiführung ist voller verschwommener Aussagen und Widersprüche. Die darin formulierten Ideale Freiheit, Frieden, Solidarität usw. stehen ohne Bezug zu den zu lösenden Problemen und werden in die Zukunft verbannt.

Dies ist nicht ganz zufällig. Das Politikverständnis vieler Genossen an der SPD-Spitze besteht offensichtlich darin, zwar diese hehren Ideale des demokratischen Sozialismus im Hinterkopf zu haben, hier und heute aber eine „pragmatische“ Tagespolitik (sprich: Verwaltung des Kapitalismus) zu betreiben.

Die Diskussion um das Grundsatzprogramm fließt zusammen mit der Debatte um die Ausarbeitungen der Kommission „Fortschritt '90“, die Strategien für eine kommende SPD-Regierung ausarbeitet. Die Debatte um „Fortschritt '90“ ist von Genossen wie Oskar Lafontaine geprägt, die stark auf eine Zusammenarbeit mit dem Kapital und auf Marktwirtschaft setzen. Die dringend notwendige Umverteilung von den Taschen der Unternehmer in die Taschen der arbeitenden Menschen ist dort nicht vorgesehen. Die SPD soll regieren, ohne die Macht- und Verteilungsverhältnisse einschneidend zu verändern.

Die Unternehmer zur Kasse bitten

Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, man könnte in der kapitalistischen Gesellschaft wichtige Probleme angehen, ohne jemanden zu belasten. Lafontaine und andere sollten sich mit uns dazu entschließen, die Unternehmer zur Kasse zu bitten, nicht die Arbeiter!

„Fortschritt '90“ bietet bisher leider keine Lösung für die Probleme der Arbeiter und stellt nicht die nötige Alternative zur Kohl-Regierung dar. Konflikte zwischen einer möglichen näch-

sten SPD-Regierung und ihrer eigenen Wählerschaft - Arbeiter, Jugendliche und ihre Gewerkschaften - wären vorprogrammiert, würde „Fortschritt '90“ in der heutigen Form Regierungsprogramm werden.

Zum Programmparteitag liegen aber schon viele Änderungsanträge der Parteilinke, vor allem zum Thema Wirtschaftspolitik, vor. Sie richten sich gegen den sozialliberalen Kurs à la Lafontaine und gegen die Lobpreisung der Marktwirtschaft. Vergesellschaftung, Planung, Lenkung, Umverteilung zugunsten der arbeitenden Klasse und Angriffe auf die Macht des Kapitals werden gefordert.

Die Parteilinke

In der Programmdebatte hat sich die Parteilinke wieder stärker zusammengefunden. Mit den Beschlüssen ihres Bundeskongresses konnten auch die Jungsozialisten dabei eine Rolle spielen und ihre Inhalte einbringen. Daß die Linken von vorneherein Widerstand gegen eine mögliche vor dem Kapital kuschende SPD-Regierung anmelden, ist zu begrüßen. Anscheinend konnten sie sich gerade im Rahmen der Programmdiskussion stärken. Bezirksparteitage in Mittelrhein oder Hannover brachten Beschlüsse hervor, die gegen pro-kapitalistisches Krisenmanagement gerichtet sind. Man kann erwarten, daß sie auf dem Parteitag mindestens als starke Minderheit auftreten werden.

Die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft stärkt übrigens eher die Linken. Die riesige Wohnungsnot zeigt die Unfähigkeit der Marktwirt-

schaft auf. Vor allem aber demonstrieren die Arbeiter und Jugendlichen in der DDR, daß, auch wenn sie zurecht gegen die bürokratische Diktatur kämpfen, sie an den sozialistischen Ideen festhalten und ihnen der Kapitalismus verhaßt ist.

Doch entscheidend wird sein, ob die Parteilinke in den Klauseinsetzungen der nächsten Monate klar Stellung bezieht, v.a. im Kampf um die 35-Stunden-Woche Seite an Seite mit der IG-Metall mitmobilisiert und es schafft, Arbeiter und Jugendli-

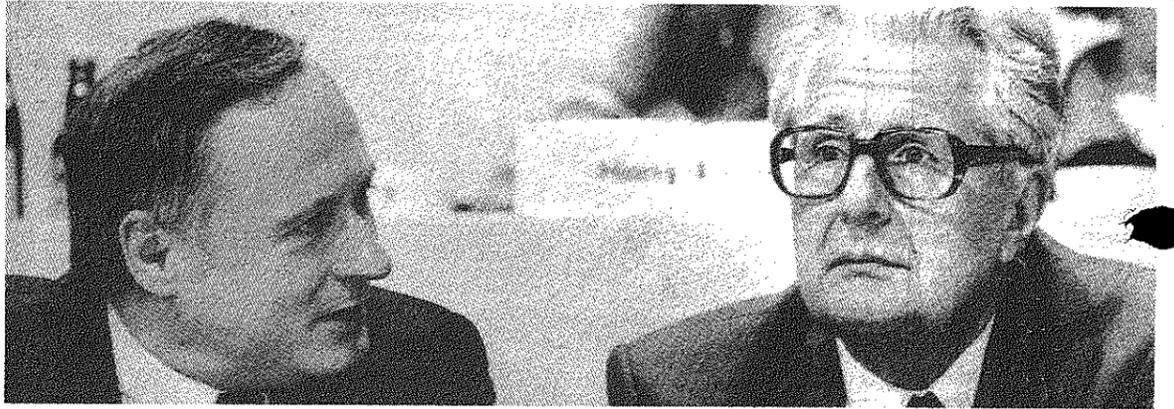
der Arbeiter und Unternehmer „gleichberechtigt“ wirtschaftliche Entscheidungen treffen.

Weitere Forderungen sind eine verstärkte Vergesellschaftung und die Investitionslenkung. Durch staatliche Entscheidungen soll Konzernen vorgeschrieben werden, wie sie ihre Investitionen einsetzen.

Das Ganze bleibt jedoch - ausdrücklich und bewußt - im Rahmen des Kapitalismus. Die Macht des Kapitals soll aber nicht gebrochen, sondern lediglich kontrolliert werden.

tionsstreiks? Was tun, wenn Bilanzen massiv gefälscht und Gelder zu ausländischen Banken gebracht werden? Welche herrschende Klasse würde nicht zu allen Mitteln zu greifen versuchen - Medien, Justiz, Polizei, Militär -, um sich einer unbequemen Regierung zu entledigen?

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Haltung der Parteilinken ist für uns Marxisten gegenüber dem Marktwirtschaftskurs der Parteiführung unterstützenswert. Es ist gut, daß die Linke mit Alternativvorschlägen in die Diskussion um das Grundsatzprogramm eingegriffen hat. Doch demokratische Kontrolle und Planung sind nicht vorstellbar ohne die Enteignung und Verstaatlichung der überwiegenen Mehrheit der großen Konzerne.



Die SPD-Führer Vogel und Lafontaine: Sie werden auf dem Parteitag Widerspruch ernten, wenn sie die Marktwirtschaft preisen.

che für den Kampf innerhalb der SPD zu gewinnen. Dabei fällt den Jusos eine besondere Rolle zu. Ihre Stärkung würde die Möglichkeiten schaffen, 1990 einen kämpferischen Wahlkampf mit Alternativen zu CDU und FDP zu führen und die Partei unter Druck zu setzen, Politik im Arbeiterinteresse zu machen.

Die kritischen Änderungsanträge, die dem Parteitag vorliegen werden, sind, obwohl unterstützenswert, noch weit davon entfernt, Kernpunkte eines sozialistischen Programms zu sein. Dies zeigt sich an der Forderung Peter von Oertzen und Detlev Albers', zwei der bekanntesten Kritiker, nach einer „Wirtschaftsdemokratie“. Darunter verstehen sie eine Demokratisierung der Wirtschaft durch Erweiterung der Mitbestimmung über die Betriebsebene hinaus und durch die Umwandlung der Industrie- und Handelskammern in „Wirtschafts- und Sozialräte“, in

Das Ziel ist ein von der Arbeiterbewegung so gezähmter Kapitalismus. „Demokratische Kontrolle“ und „Planungselemente“ sollen sicherstellen, daß die Probleme des Systems beseitigt werden, ohne das dieses selbst abgeschafft wird.

Konzerne verstaatlichen

Die Genossen wollen das Kapital angreifen, es reizen, in die Schranken weisen, ohne ihm den entscheidenden Schlag zu versetzen. Welcher Unternehmer wird hinnehmen, wenn seine Macht und Profite Schritt für Schritt beschnitten werden? Wie wehrt sich eine SPD-Regierung gegen Investi-

Wir können die Unternehmer nicht zu einem „linken Kapitalismus“ zwingen. Bleibt die Macht in den Händen der Konzerne, werden diese eine SPD-Regierung zwingen, die Politik des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Der Juso-Bundeskongreß 1989 formulierte zurecht: „Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird nach dem Tag seiner Verabschiedung keinen Bestand mehr haben, wenn es dem vorliegenden Entwurf entsprechen sollte.“

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

Landtagswahlen im Saarland Jede Stimme für die SPD!

Januar 1990, Landtagswahlen im Saarland: Die CDU muß für ihre arbeiterfeindliche Politik nochmals eins draufbekommen.

Unter der SPD gab es im Gegensatz zu früheren CDU-Regierungen Fortschritte: Berufsverbote wurden aufgehoben, Umweltgesetze drastisch verschärft, die Bildungspolitik orientierte sich mehr an den Interessen der arbeitenden Menschen.

Oskar Lafontaine wurde Anfang November auf dem Landesparteitag der Saar-SPD in Saarlouis mit einer Mehrheit von 94,8% als Landesvorsitz-

ender bestätigt. Dieses Ergebnis kann aber nicht verdecken, daß es bei vielen Arbeitern auch Enttäuschung gibt. Oskar prangert zwar des öfteren die Kohl-Regierung völlig zurecht an, berücksichtigt aber zu wenig Arbeiterinteressen in seiner Politik. In Erinnerung ist noch, wie er der ÖTV in der letzten Tarifrunde in den Rücken fiel.

Das heißt: Wir müssen SPD wählen, aber das reicht nicht aus. Wir sollten auch in die SPD eintreten und für eine konsequente Arbeiterpolitik eintreten.

Als „Alternative“ für Lafontaine

stellt die Saar-CDU den gescheiterten Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf. Was können die saarländischen Arbeiter schon von ihm, einem der gläubigsten Jünger des Kohlismus erwarten? Steigende Unternehmergewinne, Stagnation in der Umweltpolitik, längst überholte Schulformen usw.

Deshalb darf keiner an der Urne fehlen, um CDU und Reps hinter die Schranken zu verweisen, hinter die sie gehören, nicht nur im Saarland, sondern in der ganzen BRD.

Olaf Kühne, Kirkel, Saarland
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von

- der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name
Anschrift
Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

